EUR 5,00

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 55 WINTER 2009

RASSE · KULTUR · MACHT

ZU DEN WANDLUNGEN DES RASSISMUSBEGRIFFS

INHALT

EDITORIAL



Alles Liebe

Nach langer Zeit und ein paar verworfenen Schwerpunkten melden wir uns auch wieder zu Wort. Das hat zwar unser lieber Berliner Ex-Finanzsenator Thilo, ja der Sarrazin, mit seinen markigen Sprüchen viel wirkungsvoller und viel nachhaltiger getan und uns noch zusätzlich tiefe Einblicke in seine rassenpolitischen Vorstellungen zu einem neuen, starken deutschen Volkskörper gegeben. Dass er nicht alleine ist mit speziellen Ansichten über das was sich so gehört und was nicht, ist keine wirkliche Sensation. Dass aber die Geschäftsführerin der Berliner Werkstatt der Kulturen, die Philippa, ja die Ebéné, ein bizarr anmutendes Geschichtsverständnis hat, überdeckt ein wenig die bizarre Schönheit ihres avantgardistischen Rassismusverständnisses. Dass es Rassismus ist, zu erwähnen, dass die Nazis unter anderem auch Anhänger in den arabischen Ländern hatten, scheint eine neue Rassismusdefinition zu sein, die weltweit immer mehr Anhänger findet. Frau Ebéné hätte ihre sehr durchdachte, tiefgründige und faszinierende Rassismusanalyse vermutlich gerne in unserem aktuellen Schwerpunkt ausgeführt – allein wir haben es versäumt nachzufragen. Dies rettet uns wahrscheinlich vor einer Beschwerde des geehrten Satiremagazins Titanic, denn solcherlei ist deren Metier. Kommen wir zu den Lücken – im Geiste unseres lieben nicht Ex-Finanzministers, dem Wolfgang, ja dem Schäuble, dem beim Geld die Erinnerung verloren geht, von wem er gerade was und wofür in die Tasche gesteckt bekommen hat. Aber da ist er mit solchen Lücken in trauter Gesellschaft, obwohl der Franz Josef, ja nicht der Strauß – nein der Jung, seinen Lücken der Kenntnis eine Lücke in Angelas Riege folgen lässt. Überhaupt scheinen politische Bollwerke gegen die zersetzende Kraft des öffentlichen Dasein ungewohnte Porosität an den Tag zu legen. Denn die Lücken in der Immunität unseres geliebten Silvios, ja des Berlusconis, bedürfen dringend einer Impfung. Gerade in diesen Zeiten der Grippe ist das Schweinesystem der italienischen Rechtsprechung eine echte Bedrohung für jeden aufrechten Jugendhelfer des weiblichen Teils der italienischen Ragazze mit ausschließlich emanzipatorischen Motiven. Und wie diese italienische Justiz so agiert, ist ja doch schön an der Freisprechung des Cap Anamur-Vorsitzenden zu sehen – reine Willkür. Denn eigentlich hätte nach der erfolgreichen Ruinierung des Rufes durch die öffentliche Diskussion und die Schädigung der Organisation durch die Millionenkaution auch ein rundes Ende die Lage wesentlich klarer gestaltet. Gerade bei den weniger berühmten Fischern wäre die nachhaltige Wirkung des Signals unmissverständlicher geworden. So kommt vielleicht doch wieder ein unverantwortlicher Kutterkapitän in seiner Liebenswürdigkeit auf die Idee auf hoher See, fahrlässiger Weise nicht ausschließlich Fische aus dem Wasser zu ziehen, sondern fehlgeleiteter Weise auch noch Mitmenschen, bevor deren Leichname die Urlaubsstrände verunstalten und ist dann ganz irritiert über den Handgelenkschmuck beim Hafeneinlauf.

Unsere lieben Brüder und Schwestern mit Schweizer Personaldokumenten wiederum wurde die Möglichkeit eingeräumt, Lücken ihres sonntäglichen Terminplans mit dem Besuch einer Abstimmung zu füllen. Dieser Möglichkeit harren die deutschen Inhaber derartiger Personaldokumente zu einer so schönen Fragestellung vor allem in Köln und Berlin-Pankow. Der Neidfaktor unserer lieben gutdeutschen MitbewohnerInnen, nicht über Minarettbau abstimmen zu können, dürfte immens sein.

Mit Mut zur Lücke
Eure ZAG



Faschistische Tendenzen im russischen politischen Establishment

Der Aufstieg der Internationalen Eurasischen Bewegung

I ANDREAS UMLAND, EICHSTÄTT

Zusammenfassung: Der radikal antiwestliche Ideologe und bekennende Faschist Aleksandr Dugin hat sich von einer gesellschaftlichen Randfigur in einen politischen Akteur verwandelt, dessen Netzwerke in russische Regierungsstrukturen, Massenmedien, zivilgesellschaftliche Organisationen und Hochschulen reichen. Prominente Persönlichkeiten aus Politik und Kultur sind mit Dugin bzw. seiner so genannten Internationalen Eurasischen Bewegung (IEB) verbandelt. Zu den wichtigsten Kollaborateuren des IEB-Führers gehören der bekannte Journalist Michail Leontjew sowie der Präsidialamtsangestellte Iwan Demidow. Sollten Dugins Ansichten weiter an Akzeptanz in Russland gewinnen, wäre ein neuer Kalter Krieg unter zwar veränderten Vorzeichen, jedoch mit neuerlich erheblichen Risiken für die internationale Sicherheit möglich.

DER AUFSTIEG ALEKSANDR DUGINS

In den letzten Jahren sind verschiedene Formen von Nationalismus zu Bestandteilen des täglichen politischen und gesellschaftlichen Lebens in Russland geworden. So hat seit Ende der 1990er ein zunehmend aggressive rassistische Subkultur an Boden unter russischen Jugendlichen gewonnen und die Aufmerksamkeit russischer und nichtrussischer Beobachter auf sich gezogen. Eine Reihe neuer extrem rechter Organisationen, wie die so genannte Bewegung gegen illegale Immigration (bekannt unter ihrer russischen Abkürzung DPNI) sind zu Objekten journalistischer wie wissenschaftlicher Forschung geworden. Parallele Tendenzen im russischen intellektuellen Leben haben hingegen weniger nationale und internationale Beachtung gefunden, obwohl ihre Auswirkungen auf das politische Denken und Verhalten der Moskauer Elite mit jedem Jahr spürbarer werden. Ein schriller Antiamerikanismus sowie eine Reihe weiterer Phobien sind nicht mehr nur für marginale Grüppchen sondern zunehmend für den politischen Mainstream der Russischen Föderation (RF) charakteristisch und manifestieren sich auf immer offensichtlichere Art und Weise. Mögliche Quellen und Kanäle dieser an Kraft gewinnenden Tendenzen in der russischen Elite bleiben jedoch in westlichen und russischen Beschreibungen dieses Phänomens unterbelichtet.

Unter den Dutzenden extrem antiwestlichen Publizisten im heutigen Russland stechen Aleksandr Dugin und seine Gefolgsleute als ein besonders umtriebiges Netzwerk von politischen Ideologen und Aktivisten hervor, welches es vermocht hat, in staatliche Institutionen, die Massenmedien, Zivilgesellschaft und akademische Welt einzudringen. Dugins bizarre Ideen sind zwar in einer Vielzahl publizistischer und wissenschaftlicher Text analysiert worden (siehe Lesetipps). Anstatt als genuin politisches Phänomen betrachtet zu werden, wird die duginistische Bewegung allerdings häufig als ein postsowjetisches Kuriosum präsentiert. Das Dugin-Phänomen wird manchmal zur Illustration der Tiefe der russischen Konfusion nach dem Kollaps des Imperiums verwendet und weniger als Ausdruck sowie Motor sicherheitspolitisch relevanter gesellschaftlicher Trends in Russland aufgefasst. Dugins vielfache Verbindungen in die politischen und akademischen Establishments postsowjetischer Staaten sowie der Türkei sind wenig erforscht. In einigen jener Untersuchungen, die Dugin und seine Anhänger relativ ernst nehmen, erscheinen diese nichtsdestoweniger als anachronistische, rückwärtsgewandte Imperiumsnostalgiker bzw. als eine besonders radikale russische Form von Antiglobalismus. Derartige Analysen tendieren dazu, die eindeutig neofaschistischen Aspekte von Dugins bellizistischer Ideologie herunterzuspielen. Weder der an verblüffender Breite gewinnende öffentliche Zuspruch noch die bedenkenswerten Konsequenzen des Duginismus scheinen in Russland oder im Westen hinreichend verstanden.

DIE MITGLIEDER DES HÖCHSTEN RATES DER INTERNATIONALEN EURASISCHEN BEWEGUNG

Während Dugin in den Neunzigern ein marginaler Publizist und wenig bekannter Verschwörungstheoretiker war, darf er heute als ein angesehener russischer Kommentator weltpolitischer Ereignisse im Allgemeinen und russischer Außenpolitik im Besonderen gelten. Diese Wandlung in der gesellschaftlichen Stellung Dugins geschah trotz dessen regen Interesses für das SS-Institut "Ahnenerbe", seiner enthusiastischen Prophezeiung eines "faschistischen Faschismus" für Russland und einer Reihe ähnlicher Stellungnahmen Anfang und Mitte der 1990er. Dugins politischer Aufstieg begann 1998, als Gennadij Selesnjow, der damalige, von der Kommunistischen Partei gestellte Vorsitzende der Staatsduma, Dugin zu seinem offiziellen Berater machte. Dugins unerwartete Anstellung als Mitarbeiter des Leitungsorgans des Unterhauses des Parlaments markierte den Durchbruch des Faschismusapologeten vom Rande des politischen Spektrums in das politische Establishment der RF. Seitdem hat sich Dugins Präsenz und Gewicht im politischen, intellektuellen und akademischen Leben Russlands kontinuierlich erhöht.

Seit seiner Gründung 2001 als gesellschaftlich-politische Bewegung "Eurasien", hat Dugins wichtigste Organisation, die sich heute Internationale Eurasische Bewegung (IEB) nennt, eine ganze Reihe hochrangiger Politiker und Regierungsbeamter eingeschlossen. Zeitweise waren unter den Mitgliedern des Höchsten Rates der IEB unter anderem der ehemalige Kulturminister der RF Aleksandr Sokolow, der Vorsitzende des Komitees für Internationale Beziehungen des Föderationsrates der RF Michail Margelow, der ehemalige außenpolitische Berater von Präsident Jelzin und Botschafter der RF in Usbekistan sowie jetziger Botschafter der RF in Dänemark Dmitrij Rjurikow und der damalige Leiter der Abteilung für politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen beim Justizministerium der RF Aleksej Shafjarow. Obwohl diese Figuren nicht länger auf der IEB-Webseite aufgelistet sind, kann Dugins Bewegung nach wie vor auf die Präsenz einer Reihe prominenter Figuren in seinem so genannten Höchsten Rat verweisen. Dieser schloss im April 2009 folgende Personen ein:

- ✖ Vizesprecher des Föderationsrates (Oberhauses) der Föderationsversammlung der RF Aleksandr Torschin,
- ✖ Berater des Präsidenten der RF Aslambek Aslachanow,
- ✖ Präsident der Republik Südossetien Eduard Kokojty,
- ✖ Moderator der Fernsehsendung "Odnako" (Obwohl) und Chefredakteur der Wochenzeitschrift "Profil" Michail Leontjew,
- ✖ ehemaliger stellvertretender Außenminister und derzeitiger Botschafter der RF in Lettland Wiktor Kaljushnij,
- ✖ Minister für Kultur der Republik Jakutien (Sacha) and Rektor des Arktischen Staatlichen Instituts für Kultur und Kunst Andrej Borisow,
- ✖ Leiter des Staatlichen Komitees für Eigentum der RF bei der für die Moskauer Staatliche Universität verantwortlichen Territorialverwaltung Sejdula Jusbekow,
- ✖ Oberster Mufti der Spirituellen Verwaltung der Muslime Russlands und der europäischen Länder der GUS Talgat Tadshuddin,
- ✖ Präsident der Nationalen Assoziation der Fernseh- und Radiosender und Mitglied der Verwaltung der Russischen Akademie für Fernsehen Eduard Sagalajew,
- ✖ Vorsitzender des Rates der Botschafter der RF und Präsident der Russisch-Türkischen Freundschaftsgesellschaft "Rutam" Albert Tschernyschew,
- ✖ Chefredakteur der führenden Armeezeitung "Krasnaja swesda" (Roter Stern) Nikolaj Jefimov,
- ✖ Präsident der Konsultingfirma "Neokon" and Gründer der WWW-Seite Worldcrisis.ru Michail Chasin,
- ✖ Mitglied der Akademie der Wissenschaften der RF und Vizepräsident der Gesellschaft der Georgier in Russland Severjan Sagarischwili,
- ✖ Vorsitzender des Kongresses der Völker des Nordkaukasus und Sekretär für Nationalitätenfragen bei der Schriftstellerunion Russlands Brontoj Bedjurow.
- ✖ Außerdem enthält der Höchste Rat der IEB eine Reihe politischer und akademischer Funktionäre aus Ländern der GUS. Darunter waren im April 2009 folgende Figuren:
- ✖ Rektor der Eurasischen Nationalen Lew-Gumiljow-Universität Astana (Kasachstan) Sarsyngali Abdymanapow,
- ✖ Botschafter der Republik Kyrgzstan in Russland und Vorsitzender des Aufsichtsrates der "Postnoff" GmbH Apas Dshumagulow,
- ✖ Rektor der Akademie für Management beim Belarussischen Präsidialamt sowie Direktor des Forschungsinstituts für Verwaltungstheorie und Praxis der Republik Belarus Jewgenij Matusewitsch,
- ✖ Rektor der Kyrgysisch-Russischen Slawischen Universität Bischkek (Kirgisistan) Wladimir Nifadjew,
- ✖ Direktor des Achmad-Donisch-Instituts für Geschichte, Archäologie und Ethnographie bei der Tadschikischen Akademie der Wissenschaften Rachim Masow,
- ✖ Rektor der Westkasachischen Staatlichen Machambet-Utemisov-Universität Uralsk (Kasachstan) Tujakbaj Rysbekow,
- ✖ Vorsitzende der Progressiv-Sozialistischen Partei der Ukraine Natalija Witrenko.

Letztlich ist erwähnenswert, dass eine Reihe von öffentlichen Figuren des so genannten "weiteren Auslands" (außerhalb des Territoriums der ehemaligen UdSSR) sich offenbar bereit erklärt haben, die IEB zu unterstützen. Auf der Liste der IEB-Webseite fanden sich im April 2009 unter anderem folgende Personen:

- ✖ Vorsitzender der "İşçi Partisi" (Arbeiterpartei) der Türkei Doğu Perinçek (in der Schweiz wegen Leugnung des türkischen Genozids an den Armeniern verurteilt und derzeit in der Türkei aufgrund seiner Beteiligung am Ergenekon-Skandal inhaftiert),
- ✖ französischer Luftwaffengeneral a.D. und Leiter des Forums "pour la France" Pierre-Marie Gallois,
- ✖ Direktor des Zentrums für Zentralasien- und Kaukasusstudien Luleå (Schweden), und Herausgeber der Fachzeitschrift "Central Asia and the Caucasus" Murad Esenow,
- ✖ Dozent der Fakultät für politische Studien der Präfekturalen Universität Iwate (Japan) Yukiko Kuroiwa,
- ✖ Konspirologe und Autor des Buches "Vladimir Putin und Eurasien" Jean Parvulesco,
- ✖ Herausgeber des Milaneser Journals "Eurasia: Rivista di Studi Geopolitici" (dessen Redaktionskollegium Dugin beisitzt) Tiberio Graziani,
- ✖ Vorsitzender des Kongresses der Serben Eurasiens (KSEA) Mila Alečković-Nikolić und
- ✖ General a.D. und ehemaliger Funktionär der Serbischen Radikalen Partei Božidar Delić.

DUGINS ÖFFENTLICHE REFERENZEN AN DEN FASCHISMUS

Während der Grund für die Nähe einiger dieser Figuren zu Dugin offensichtlich ist, erscheint die Ursache der Verbindung anderer zur IEB als Rätsel. Wie erwähnt, hat Dugin in den 1990er in kodierter oder offener Form wiederholt verschiedene Spielarten von westeuropäischem historischen und russischem postsowjetischen Faschismus gerechtfertigt bzw. befürwortet (an einer Stelle unter dem Pseudonym "Aleksandr Sternberg" gar in Gedichtform). Die klarsten

Beispiele für öffentliche Faschismusapologetik finden sich in Dugins programmatischen Artikeln "Linker Nationalismus" (1992) und "Faschismus - grenzenlos und rot" (1997), welche im April 2009 auf den WWW-Seiten des IEB-Führers frei zugänglich waren (siehe Quellenverzeichnis). Darüber hinaus sind inzwischen etliche dieser Beiträge in westlichen Sprachen zugänglich. Einige sind wiederholt zitiert und zu Objekten sowohl russischer als auch nichtrussischer wissenschaftlicher und journalistischer Analysen Dugins und seiner Bewegung geworden.

Freilich hat sich Dugin aus offensichtlichen Gründen bei vielen Gelegenheiten vom deutschen Faschismus distanziert und Hitlers Verbrechen ausdrücklich verurteilt. Paradoxerweise präsentiert er sich heute häufig sogar als "Antifaschist". An einigen Stellen kam er aber offensichtlich nicht umhin, die Beispielfunktion des "Dritten Reiches" für seine "neo-eurasische" Ideologie anzuerkennen, so z.B. in den richtungsweisenden Analysen "Konservative Revolution: Der Dritte Weg" (1991) sowie "Die Metaphysik des Nationalbolschewismus" (1997). Im Jahr 2006, als Dugin bereits weitgehend ins Moskauer politische Establishment integriert war, merkte er in einer Internetkonferenz von KM.ru an, dass seine Ideologie derjenigen der Gebrüder Otto und Gregor Strasser nahe stehe. Dugin stellt die Strasser-Brüder als eine gegen Hitler gerichtete Form von linkem deutschen Nationalismus vor. Er "vergaß" dabei zu erwähnen, dass die Strasser-Brüder seinerzeit selbst Nazis waren und eine bedeutende Rolle beim Aufstieg des deutschen Faschismus Mitte-Ende der 1920er spielten. Sie opponierten tatsächlich gegen Hitler, taten dies jedoch zunächst innerhalb der NSDAP. Wie bekannt, wurde Gregor Strassers einstiger Privatsekretär Joseph Goebbels trotz seiner ursprünglich ebenfalls "linken" Neigungen zu einer Schlüsselfigur des NS-Regimes. Heute gilt der "Strasserismus" als bedeutender Zweig des internationalen Netzwerkes neonazistischer Groupuscules - eine informelle pannationale Bewegung, welcher Dugin, angesichts seiner ideologischen Nähe zu den Strasser-Brüdern, anzugehören scheint.

MICHAIL LEONTJEW UND IWAN DEMIDOW ALS GEFOLGSLEUTE DUGINS

Normalerweise würden Details, wie die obigen, Erforscher heutiger internationaler Sicherheitsprobleme veranlassen, Dugin sowie seine Organisationen und Verbindungen als Objekte tiefergehender Analysen heutiger russischer Politik zu vernachlässigen. Dugin und Ko. - so scheint es - sind Phänomene, welche man interessierten Kulturwissenschaftlern, Ethnographen oder bestenfalls Zeithistorikern überlassen kann. Jedoch hat sich Dugin, wie die obige Liste der Mitglieder des Höchsten Rates der IEB zeigt, inzwischen nachhaltig im Mainstream des russischen politischen und intellektuellen Lebens positioniert. Er publiziert regelmäßig in führenden Periodika und wird häufig zu einschlägigen politischen und akademischen Rundtischgesprächen, Talk-Shows sowie Konferenzen eingeladen.

Zu Dugins wichtigsten Partnern gehört der erwähnte Fernseh- und Zeitungskommentator Michail Leontjew. Einst als "Lieblingsjournalist Putins" bezeichnet, wurde Leontjew erst kürzlich offizielles Mitglied des Höchsten Rates der IEB, obwohl er 2001 am Gründungskongress von Dugins Bewegung teilgenommen hatte und kurzzeitig auf Dugins WWW-Seite als Mitglied des Führungsorgans der Bewegung "Eurasien" firmierte. Seitdem hat Leontjew Dugin mehrfach ein Massenpublikum zur Verfügung gestellt, indem er es dem IEB-Führer erlaubt hat, in Fernsehsendungen auf Russlands wichtigstem Ersten Kanal ORT aufzutreten. Leontjew gehört zu den bekanntesten antiamerikanischen Propagandisten Russlands, und seine häufigen Tiraden gegen den Westen im Allgemeinen und die USA im Besonderen sind offensichtlich von Dugins manichäischen Schemata beeinflusst. Zwar spricht Dugin selbst nur einen beschränktes Publikum aus jungen politischen Aktivisten und frustrierten Intellektuellen im postsowjetischen Raum an. Via Leontjews werktäglicher ORT-Fernsehsendung "Odnako" erreicht eine kodierte Form von "Duginismus" jedoch nahezu allabendlich den Großteil der Bevölkerung Russlands und Russischsprecher vieler weiterer Staaten, in welchen ORT per Kabel oder Satellit empfangen werden kann.

Eine weitere erwähnenswerte Figur im Umfeld der IEB ist der legendäre russische TV-Produzent und PR-Spezialist Iwan Demidow, der zwar derzeit nicht offiziell, jedoch scheinbar ähnlich eng wie Leontjew mit Dugin verbunden ist. In den späten 1980ern und 1990ern wurde Demidow durch seine Teilnahme an populären TV-Projekten wie "Wsgljad" (Blick) oder "Musobos" (Musikrundschau) bekannt. Zu dieser Zeit erschien Demidow - wie auch Leontjew in seinen Anfangsjahren als öffentliche Figur - als Vertreter einer neuen Generation prowestlich eingestellter junger Medienmacher, welche zur Emanzipation des russischen öffentlichen Diskurses von sowjetischen Traditionen beitrug. Im neue Jahrzehnt ändert sich jedoch Demidows Profil, und er wurde Moderator der unmissverständlich nationalistischen wöchentlichen Fernsehsendung "Russkij wsgljad" (Russischer Blickpunkt) des "Moskowija"-Fernsehkanals. 2005 gehörte Demidow zu den Gründern des nationalistischen Kabelkanals "Spas" (Rettung), wo Dugin einen eigenen regelmäßigen Sendeplatz, den Wochenrückblick "Wechi" (Wegzeichen), erhielt. Im selben Jahr wurde Demidow - angeblich auf persönlichen Wunsch Wladimir Putins - Vorsitzender von "Molodaja gwardija" (Junge Garde), der offiziellen Jungendorganisation von "Einiges Russland". Demidow leitete ebenfalls das so genannte "Russische Projekt" von "Einiges Russland" - ein Versuch, ethnozentrisch eingestellte Jugendliche und Intellektuelle an Putins "Machtpartei" zu binden. 2008 wurde Demidow zum Leiter der Ideologiesektion der Politischen Abteilung des Exekutivkomitees von "Einiges Russland", d.h. zum Chefideologen der Putinpartei, ernannt. Ein paar Monate zuvor hatte Demidow in einem Interview für Dugins WWW-Seite Evrazia.org das Erscheinen des IEB-Führers als "entscheidenden Faktor, eine Art Wendepunkt" in seinem Leben bezeichnet und angekündigt, seine Talente dafür einzusetzen, die Ideen Dugins zu implementieren. Demidow bezeichnete sich selbst in diesem Interview mit ausdrücklichem Bezug auf Dugins Ideen als einen "überzeugten Eurasier". Das war kurioserweise die selbe Phrase, die Dugin 15 Jahre zuvor in der Originalversion seines womöglich wichtigsten programmatischen Textes "Der Große Krieg der Kontinente" (1991-1992) zur Charakterisierung von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich - bis zu seiner Ermordung durch tschechische Partisanen im Juni 1942 Cheforganisators des Holocausts - verwendet hatte. (Die Formulierung taucht in späteren Versionen von Dugins Artikel nicht mehr auf.) Am 1.4.2009 wechselt Demidow auf den Posten des Leiters der Sektion für Humanitäre Politik und Öffentlichkeitsarbeit der Innenpolitikabteilung der Präsidialadministration der RF. In dieser Funktion wird Demidow für Beziehungen des russischen Präsidenten zu religiösen Organisationen, d.h. vor allem zur Orthodoxen Kirche, verantwortlich sein. Im Mai 2009 wurde Demidow per Präsidentenerlass zum "verantwortlichen Sekretär" der berüchtigten, von Dmitrij Medwedjew so genannten Kommission zur Abwehr von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Schaden russischer Interessen ernannt.

DIE MIMIKRY-TAKTIK DER NEUEN RUSSISCHEN "JUNGKONSERVATIVEN"

Dugin selbst hat es kürzlich ebenfalls vermocht, tiefer ins russische Establishment vorzudringen. 2008 wurde er zum Professor der Fakultät

für Soziologie der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität, bekannt unter ihrer russischen Abbreviatur "MGU", ernannt, wo er nun das dortige so genannte Zentrum für Konservatismusforschung leitet. Nicht nur ist dies ein weiterer wichtiger Schritt für Dugin bei seiner Etablierung im russischen Mainstream; die Ernennung stattet den IEB-Führer mit dem in Russland hochangesehenen Titel "Professor MGU" sowie mit prestigeträchtigen Räumlichkeiten zur Durchführung von Presse- und anderen Konferenzen in Russlands ältester Hochschule aus. Dugins seit kurzem zunehmend aktive Verwendung des Begriffs "Konservatismus" zur Selbstbezeichnung setzt ebenfalls seine frühere Taktik einer bewussten Camouflierung seiner politischen Doktrin mit Hilfe von Termini fort, die heutiger russischer und internationaler politischer Korrektheit entsprechen. Als sich Dugin Anfang-Mitte der 1990er am Rande des politischen Spektrums und öffentlichen Lebens Russlands bewegte, bezeichnete er sein Programm offenherzig als das einer "Konservativen Revolution", ein Konstrukt, welches er explizit zur Definition von Faschismus verwendete, bzw. als Doktrin des "Nationalbolschewismus", d.h. einer russischen Version von Nationalsozialismus, wie die Farben der Flagge der Nationalbolschewistischen Partei, die Dugin 1994 mitgründete, andeuten. Als Dugin sich später allmählich dem politischen Establishment annäherte, begann er stärker weniger offensiv klingenden Begriffe wie "Eurasismus" und "Traditionalismus" zur Selbstbezeichnung zu verwenden, obwohl seine so genannten "neo-eurasische" Ideologie in entscheidenden Punkten sowohl vom klassischen Eurasismus als auch integralen Traditionalismus abweicht bzw. in Einzelaspekten letzteren Ideengebäuden aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fundamental widerspricht. Heute posiert Dugin in der Öffentlichkeit als "Konservativer", obwohl seine langfristigen innen- als auch außenpolitischen Ziele weiterhin klar revolutionären Charakter tragen. Der Erfolg von Dugins Taktik einer politischen Mimikry manifestierte sich kürzlich, als ein Aktivist seiner Frontorganisation Eurasischer Jugendbund, der Maler Aleksej Beljajew-Gintowt, mit dem Kandinsky-Preis der Deutschen Bank ausgezeichnet wurde (angesichts der fundamentalen Verschiedenheit der Stilistik von Kandinskys Kunst einerseits und Beljajew-Gintowts Malerei andererseits eine ohnedies merkwürdige Wahl). Dass einer ihrer Unterstützer die prestigeträchtige deutsche Auszeichnung gewonnen hat, wurde von Dugins Organisationen als öffentliche Bestätigung der Substanz und Ernsthaftigkeit ihres intellektuellen Projektes interpretiert.

Angesichts der Tiefe und Vielfalt von Dugins Verbindungen in höchste politische und kulturelle Kreise ist schwer vorstellbar, wie sein Einfluss beschränkt bzw. zumindest sein weiteres Vordringen in die russische Gesellschaft eingedämmt werden könnte. Gleichzeitig indizieren Dugins letzte Verlautbarungen und Aktionen, dass sich – im Vergleich zu seiner offen faschistischen Phase Anfang-Mitte der 1990er – heute lediglich seine politische Terminologie und öffentliches Auftreten, jedoch kaum seine Ideologie und Ziele grundlegend geändert haben. Sollte es Dugin und seinen Anhängern gelingen, ihre Wirkungsmöglichkeiten im politischen und intellektuellen Leben sowie in der Medienberichterstattung Russlands weiter auszudehnen, dürfte ein neuer Kalter Krieg das mindeste sein, was der Westen von Russland in den kommenden Jahren zu erwarten hat. ✖

VERWENDETE PRIMÄRQUELLEN:

- *http://evrazia.info/index.php?newlang=english*
- *http://arcto.ru/modules.php?name=News&file=article&sid=1225*
- *http://my.arcto.ru/public/templars/arbeiter.htm#fash*
- *http://my.arcto.ru/public/templars/teor.htm#7*
- *www.fortunecity.com/victorian/aesthetic/18/id22.htm*
- *www.km.ru/conference/index.asp?data=01.03.2006%2011:00:00*
- *http://evrazia.info/modules.php?name=News&file=article&sid=2948*
- *www.wps.ru/en/pp/politruk/2001/06/06.html*
- *http://evrazia.org/print.php?id=164*
- *http://my.arcto.ru/public/consp/consp1.htm#11*

DEUTSCHSPRACHIGE SEKUNDÄRQUELLEN:

- *Vladimir Ivanov: Alexander Dugin und die rechtsextremen Netzwerke. Fakten und Hypothesen zu den internationalen Verflechtungen der russischen Neuen Rechten. ibidem-Verlag, Stuttgart, 2007.*
- *Alexander Höllwerth: Das sakrale eurasische Imperium des Aleksandr Dugin. Eine Diskursanalyse zum postsowjetischen russischen Rechtsextremismus. ibidem-Verlag, Stuttgart, 2007.*
- *Leonid Luks: Der "Dritte Weg" der "neo-eurasischen" Zeitschrift "Elementy" - zurück ins Dritte Reich? In: Studies in East European Thought, 2000, Band 52, Seiten 49-71.*
- *Leonid Luks: Eurasien aus neototalitärer Sicht. Zur Renaissance einer Ideologie im heutigen Russland. In: Totalitarismus und Demokratie, 2004, Band 1, Seiten 63-76.*
- *Andreas Umland: Postsowjetische Gegeneliten und ihr wachsender Einfluss auf Jugendkultur und Intellektuellendiskurs in Russland: Der Fall Aleksandr Dugin (1990-2004). In: Tanja Bürgel (Hrsg.): Generationen in den Umbrüchen postkommunistischer Gesellschaften. Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2006, Seiten 21-46, http://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00039018/Heft20.pdf*
- *Stefan Wiederkehr: Die eurasische Bewegung. Wissenschaft und Politik in der russischen Emigration der Zwischenkriegszeit und im postsowjetischen Russland. Böhlau-Verlag, Köln, 2007.*

ÜBER DEN AUTOR

Dr. Dr. Andreas Umland ist wissenschaftlicher Assistent an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (http://ku-eichstaett.academia.edu/AndreasUmland), Herausgeber der Buchreihe "Soviet and Post-Soviet Politics and Society" (www.ibidem-verlag.de/spps.html), Mitherausgeber des "Forums für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte" (www1.ku-eichstaett.de/ZIMOS/) sowie Verwalter des Webarchivs "Russian Nationalism" (http://groups.yahoo.com/group/russian_nationalism).



Alles Rassismus – überall

▮ ZAG

Zumindest kann der Eindruck entstehen. Der Vorwurf rassistisch bzw. RassistIn zu sein, ist heute ziemlich schnell zur Hand. Ja und dann gibt es natürlich noch so viele Bindestrich-Rassismen, die die politische und wissenschaftliche Welt bevölkern. Die Definition von Rasse unterlag im Lauf der Geschichte vielen Wandlungen. Dagegen ist der Begriff Rassismus recht moderner Natur und tauchte erst am Anfang des 20. Jahrhunderts auf, als Zweifel am Rassebegriff entstanden. Erst in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Rassedoktrin hielt er Einzug in den politischen Wortschatz. Das UNO-Übereinkommen von 1965 zu Rassendiskriminierung dient bis heute in der politischen Verwendung als grober Rahmen. Der Artikel 1 hält dazu fest:

»In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck "Rassendiskriminierung" jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.«

Präzisere Definitionen wurden für die genauere Beschreibung verschiedener Varianten des Rassismus nötig. Den Grund dafür beschreibt Stuart Hall folgendermaßen:

»Empirisch hat es viele Rassismen gegeben, wobei jeder historisch spezifisch und in unterschiedlicher Weise mit den Gesellschaften verknüpft war, in denen er aufgetreten ist.«

Das führt zu einem komplexen Begriff mit zahlreichen Definitionen. Hinzu kommt noch, ein weiterer Faktor:

»Der Begriff ist stark ideologisiert, so dass die Akzeptanz oder Ablehnung verschiedener Definitionen auch von politischen oder ethischen Präferenzen abhängen kann.«

Wie das die Wikipedia im Artikel zu Rassismus ausführt. Um selbst eine kleine Positionierung im Gestrüpp der Begriffe zu vollziehen und dabei einige Aspekte dieses Panoptikums zu Wort kommen zu lassen, haben wir uns zu diesem Schwerpunkt entschlossen. Wir hoffen, dass er Punkte anspricht, die für die Gemengelage aufschlussreich sind. ✖

Eure ZAG

"Du gehörst eigentlich nicht dazu"

Symbolische Kämpfe als Bestandteil antirassistischer Praxis

ANJA WEISS

Rassismus war einmal ein wissenschaftliches Projekt. Dann war Rassismus ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Heute ist nicht ganz klar, was Rassismus ist. Denn es gibt den Rassismus zwar noch, der in den Nürnberger Gesetzen institutionalisiert war und der in den Nürnberger Prozessen verurteilt wurde. Er ist aber zunehmend schwerer zu finden, weil diejenigen, die davon überzeugt sind, dass Menschen genetisch verschieden sind und dass sich "Rassen" nicht vermischen sollten, das nicht mehr so selbstverständlich kundtun, wie das vor 1945 noch möglich war. Außerdem setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass weder Biologie noch Genetik Anhaltspunkte für menschliche Rassen finden konnten (Lewontin, Rose und Kamin 1984). Der heutige biologistische Alltagsverstand beschäftigt sich daher lieber mit der ebenfalls hochinteressanten Frage, warum Frauen besser denken können und Männer zu schnell Auto fahren. Immerhin fehlt den meisten Männern tatsächlich ein Stück des X-Chromosoms.

Dennoch ist Rassismus nicht verschwunden. Es wird aber schwerer, theoretisch genau zu sagen, was Rassismus eigentlich ist. In den Kernländern der Rassismusforschung USA und Großbritannien ist die Definition von Rassismus eine akademische Frage geblieben, denn "Rassen" sind dort so stark institutionalisiert, dass zumindest der Alltagsverstand weiß, welche Art von Benachteiligung gemeint ist und gegen wen sie sich richtet. Anders sieht es in vielen mitteleuropäischen Ländern und auch in Deutschland aus. Hier gewinnt etwas, das dem "alten" Rassismus doch sehr ähnlich ist, an Bedeutung, richtet sich aber nicht gegen "Schwarze", sondern gegen "Türken" und zunehmend "Musliminnen". Auch der biologistische Antisemitismus wurde fast vollständig durch kulturalisierende Formen des Antisemitismus (einschließlich des Philosemitismus und des linken Antizionismus) abgelöst. Es wundert daher nicht, dass der Begriff des Kulturrassismus (Balibar und Wallerstein 1990) überzeugt, denn wieso soll man Rassismus für verschwunden erklären, nur weil RassistInnen dazu gelernt haben und sie biologistische Argumente durch kulturelle Differenzierungen ersetzen, die genau dem gleichen Muster folgen?

KRITIK DES KULTURRASSISMUSBEGRIFFS

Dennoch bringt der Übergang zum Begriff des Kulturrassismus Schwierigkeiten mit sich. Solange sich Rassismus auf körperliche Merkmale bezog, war relativ klar, um wen und was es ging.[1] Diese Eindeutigkeit der Zurechnung verliert sich, wenn man von Kulturrassismus spricht. Denn in dem Moment, in dem man akzeptiert, dass beliebige Inhalte für rassistische Grenzziehungen in Frage kommen und dass diese Inhalte veränderlich sind - und für beide Punkte lassen sich sogar in den USA sehr deutliche Anhaltspunkte finden -, kann man Rassismus nicht mehr so definieren, dass alles, was "Schwarze" benachteiligt bzw. deren Benachteiligung in bestimmten Denkmustern rechtfertigt, rassistisch ist.

Wenn man darauf verzichtet bzw. verzichten muss, Rassismus ohne Bezug auf die Inhalte von Grenzziehungen zu definieren, hat man ein Problem. Es ist zwar möglich, bestimmte diskursive Formen von anderen zu unterscheiden. Das ist aber weniger einfach, als allgemein gedacht. Allport definiert Vorurteile z.B. so: "Ein ethnisches Vorurteil ist eine Antipathie, die sich auf eine fehlerhafte und starre Verallgemeinerung gründet." (1971, S. 23) Das hilft nicht wirklich weiter, weil fast alle Begriffe Verallgemeinerungen sind, über deren "Fehlerhaftigkeit" man streiten kann. Und idealisierenden Rassismen ist kaum anzumerken, ob sie eine "Antipathie" beinhalten: "Den Kubanern liegt das Tanzen im Blut". Außerdem wird es schwer, empirisch bestehende Benachteiligungen zu benennen und zu kritisieren, wenn entsprechende Aussagen als "abwertende Verallgemeinerung" in den Geruch des Rassismus geraten. Es gab dann auch eine schöne Studie, die zeigte, wie australische Rassisten Allports wissenschaftliche Argumente nutzten, um ihren rassistischen Diskurs zu legitimieren (Wetherell und Potter 1992).

DIE SCHWÄCHE WISSENSCHAFTLICHER RASSISMUS-DEFINITIONEN FÜR ANTIRASSISTISCHE ARGUMENTATION

Schließlich haben Definitionen des Rassismus ein weiteres Problem. Denn das zwiespältige Erbe des Rassismus zwischen Wissenschaft und Politik hat sich ein Stück weit auf den Antirassismus übertragen. Die Forschung zu Antirassismus und die AntirassistInnen selbst nehmen gerne für sich in Anspruch, dass sie genau sagen können, was Rassismus ist. Und da Rassismus ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, ist damit auch schon klar, was man auf keinen Fall tun und sagen darf. In politischen Kämpfen sind klare moralische Urteile wichtig. Leider gibt es zu viele Situationen, in denen das moralische Urteil das einzige ist, was RassistInnen abschrecken könnte. Für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung ist es aber eine schwere Bürde, wenn nur das rassistisch sein darf, was auch ganz klar verbrecherisch ist, bzw. wenn die Auseinandersetzung darüber, ob etwas rassistisch ist, nach der Logik eines Gerichtsverfahrens (vgl. Wacquant 2001, S. 61) erfolgt.

Das Problem zeigt sich gut, wenn man sich fragt, ob die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien rassistisch sind. Die EU-Richtlinien 2000/43 und 2000/78 nennen eine Reihe von Merkmalen, gemäß derer niemand benachteiligt werden darf. Eine Benachteiligung wegen ethnischer Herkunft, "Rasse", Religion und Weltanschauung fällt z.B. klar unter das Diskriminierungsverbot. Dagegen ist eine Benachteiligung, die zwischen EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörigen unterscheidet, nicht nur wertneutral, sondern erwünscht. Politisch mag das Sinn ergeben. Auch gibt es zahlreiche PhilosophInnen, die ich nicht des Rassismus bezichtigen will, nur weil sie die Einteilung der Welt in Staatsbürgerschaften für eine notwendige Voraussetzung

für demokratische Willensbildung halten. Normativ ist die Frage, ob Staatsbürgerschaft eine Form der Diskriminierung ist, also ungeklärt und man kann darüber streiten. Aus der Sicht der Sozialwissenschaften wäre es hingegen sehr schwierig, eine dauerhafte und schwerwiegende Benachteiligung nach Staatsangehörigkeit so klar von der Benachteiligung nach ethnischer Herkunft, Religion und Hautfarbe zu unterscheiden, dass die Staatsangehörigkeit nicht unter den Diskriminierungsbegriff fällt und alle anderen Kriterien schon.[2] Man kann natürlich in den Sozialwissenschaften auch vieles begründen und letztlich auch Absurditäten dieser Art. Das führt dann aber genau zu dem Problem, um das es mir geht: Wenn die Sozialwissenschaft den politischen Kämpfen darüber, welche Benachteiligungen gerade normativ akzeptabel ist und welche nicht, hinterherläuft, wird immer weniger glaubhaft, dass sie eine eindeutige und tragfähige Definition von Rassismus liefern kann.

Ich fasse zusammen: Rassismus ist ein normativ hoch aufgeladener Begriff, was nicht heißt, dass man nicht nach einer wissenschaftlichen Definition für Rassismus suchen kann und sollte. Wenn man einen wissenschaftlichen Begriff finden will, sollte man sich nicht mit normativen Fragen belasten, d.h. es müsste möglich sein, etwas als rassistisch zu benennen, was nicht selbstverständlich und abgrundtief böse ist. Das bedeutet dann aber auch, dass ein wissenschaftlicher Begriff des Rassismus nur bedingt für antirassistische Kämpfe geeignet ist, die ja nicht als Verhandlungen darüber, was vielleicht böse ist, angelegt sind, sondern die das moralische Argument brauchen, dass rassistisches Gedankengut so menschenfeindlich ist, dass darüber nicht (mehr) verhandelt werden muss und sollte.

RASSISMUS ALS SYMBOLISCHE HERRSCHAFT VERSTEHEN

Wie könnte man Rassismus wissenschaftlich definieren? Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat für die männliche Herrschaft argumentiert, dass Klassifikationen - also die Unterscheidung zwischen Mann und Frau - die Rahmenbedingungen des Handelns so verändern, dass sich Männer und Frauen unterschiedlich verhalten werden, und dass beides auf Dauer so selbstverständlich wird, dass die männliche Herrschaft als symbolische Herrschaft stillschweigend von beiden Geschlechtern akzeptiert wird. Wenn z.B. klar ist, dass Männer aktiv sind und Frauen passiv, werden Frauen, die an einem Mann interessiert sind, das berühmte Taschentuch fallen lassen, während Männer, die an einer Frau interessiert sind, das Taschentuch aufheben, um sie anzusprechen. Ich habe vorgeschlagen auch Rassismus als symbolische Herrschaft zu verstehen (Weiß 2001). Wenn selbstverständlich ist, dass manche Leute als Gleichberechtigte miteinander interagieren, während bei anderen Zweifel bestehen, ob sie als Gleichberechtigte teilhaben dürfen, handeln beide Gruppen unter unterschiedlichen Voraussetzungen. Die rassistisch dominante Gruppe kann das Argument "Du gehörst eigentlich nicht dazu" nutzen, muss das aber nicht. Sie muss auch nicht wahrnehmen, dass es Leute gibt, deren Zugehörigkeit in Zweifel steht. Im Gegenteil kann es für eine stabile symbolische Herrschaft höchst effektiv sein, die eigene Wahrnehmung auf die fraglos Zugehörigen einzuschränken. Hingegen müssen diejenigen, deren gleichberechtigte Zugehörigkeit in Zweifel steht, Strategien im Umgang mit diesem Zweifel entwickeln, also z.B. Mittel und Wege finden, heimlich dazuzugehören, oder ihre Zugehörigkeit zu erkämpfen. Beides macht mehr Mühe.

UNGLEICHHEIT DURCH SYMBOLISCHE GEWALT

Soweit ist das sehr allgemein und wirkt ähnlich interaktionszentriert wie Allports Definition des Vorurteils. Symbolische Gewalt ist aber nicht nur eine Klassifikation, die zur Voraussetzung für ungleiche Handlungsstrategien wird. Sie muss auch in gesellschaftliche Strukturen eingehen. Bourdieu meint da ganz klar Ungleichheitsstrukturen, also z.B. die Frage, welches Kapital wie Anerkennung findet, wie die Arbeitsteilung organisiert ist, usw. Sowohl für den alten biologistischen als auch für den Kulturrassismus lässt sich gut zeigen, dass er in die Arbeitsteilung von Gesellschaften eingeschrieben ist und dass er scheinbar neutrale Kapitalien entwertet. Hochqualifizierte Schwarze haben ebenso wie hochqualifizierte TürkInnen Nachteile am Arbeitsmarkt, die nicht auf Qualifikationsmängel, sondern auf die symbolische Entwertung ihrer Qualifikation zurückzuführen sind. Wertende Klassifikationen zwischen Bayern und Österreichern oder zwischen Deutschen und Franzosen sind daher kein Rassismus. Sie können beleidigen, aber sie üben weder einen längerfristigen Einfluss auf die Handlungsstrategien von Französinnen in Deutschland aus, noch gehen sie in die Arbeitsteilung ein.

Daraus, dass symbolische Gewalt Ungleichheit stabilisieren muss, ergibt sich auch eine inhaltliche Einschränkung: Zur Abgrenzung von ungleich Berechtigten können zwar beliebige Kennzeichen verwendet werden, aber man muss zumindest phantasieren können, dass diese Kennzeichen längerfristig stabil sind. Außerdem werden die in Frage kommenden Merkmale wahrscheinlich einen inhaltlichen Zusammenhang mit der Institution aufweisen, die in der Moderne am Nachhaltigsten zwischen Gleichberechtigten und Ungleichberechtigten unterscheidet, also dem Nationalstaat.

In dem wissenschaftlichen Begriff des Rassismus, den ich vorschlage, sind daher Formen des Nationalismus, Ethnozentrismus, der Xenophobie und Fremdenfeindlichkeit enthalten, die stabil und selbstverständlich zwischen Gleich- und Nichtberechtigten unterscheiden und das nicht nur diskursiv, sondern auch über Handlungsoptionen und Ungleichheitsstrukturen. Dieser Begriff eignet sich entsprechend schlecht für antirassistische Kämpfe. »

SYMBOLISCHE KÄMPFE IN ANTIRASSISTISCHE STRATEGIEN AUFNEHMEN

Er ist aber trotzdem für AntirassistInnen interessant, weil er erklären kann, was antirassistische Kämpfe tun und wie sie wirken. Er ermöglicht eine Selbstreflexion antirassistischer Praxis, die deutlicher macht, wo Interventionsmöglichkeiten liegen und welche Sackgassen z.B. die Vorstellung, dass Rassismus ein Vorurteil ist, das man als "falsches Wissen" bekämpfen muss, mit sich bringt. Bourdieu betont, dass symbolische Herrschaft v.a. dadurch stabil wird, dass sie selbstverständlich ist und niemand sie hinterfragt. Zu symbolischen Kämpfen kommt es erst dann, wenn sich bei rassistischer Herrschaft etwas bewegt. Antirassismus ist ein solcher symbolischer Kampf, der darauf abzielt, ein "selbstverständliches" Weltbild ("Alle Menschen sind gleich.") gegen ein anderes "selbstverständliches" Weltbild ("Manche Menschen haben kein Recht, hier teilzuhaben.") durchzusetzen. In symbolischen Kämpfen braucht man keinen wissenschaftlichen Begriff von Rassismus, sondern einen, den man durchsetzen kann.

Das klingt jetzt so, als heilige der Zweck alle Mittel. So ist es natürlich nicht. Denn klare Anschauungen dazu, was moralisch selbstverständlich sein sollte, haben auch Nachteile. Sie lassen wenig Spielraum für die Argumentation: Man muss nicht erklären, was dafür spricht, dass alle Menschen gleich sind, und das Bewusstsein moralischer Überlegenheit erleichtert es, die Gegner zu entwerten, also z.B. der Ansicht anzuhängen, dass nur Dumme rassistisch sind. Dabei kann man dann auch leicht übersehen, dass die Dummen, sprich die weniger Qualifizierten, schon seit längerem weltweiter Konkurrenz ausgesetzt sind, während die "moralisch höherstehende" Eigengruppe über strukturellen Rassismus sicherstellt, dass die eigenen Privilegien auch ohne explizit rassistische Diskurse erhalten bleiben. Z.B. können Mittelschichten in Deutschland darauf bauen, dass der Zugang zum Gymnasium exklusiv bleibt, auch wenn sie gerne auf interkulturelle Stadtteilfeste gehen. Sollten die Hürden im Bildungswesen nicht effektiv genug für strukturellen Rassismus sorgen, finden sich weitere Barrieren am Arbeitsmarkt und z.B. auch die Standesgesetzgebung, die festlegt, dass ausländischen Ärztinnen, Architekten, Juristinnen und Psychologen eine Niederlassung in Deutschland auch dann verwehrt bleibt, wenn sie eine Arbeitserlaubnis und einen deutschen Bildungsabschluss haben (Nohl und Weiß 2009). Wenn Hürden dieser Art dann doch fallen, kommt es in den Mittelschichten zu den gleichen symbolischen Kämpfen, die zuvor mit gebührender Distanz bei den Ungebildeten beobachtet wurden. Wenn man antirassistische Kämpfe als symbolische Kämpfe sieht, kann man klarer erkennen, wo Ansatzpunkte sind, wie rassistische Herrschaft verändert werden kann. Es wird aber auch deutlich, dass die antirassistische Bewegung manchmal eher von einer Mittelschichtsposition aus argumentiert. Wenn sich Antirassismus z.B. auf die Bekämpfung von Vorurteilen konzentriert und strukturellen Rassismus ausblendet, ist das im Interesse von Mittelschichten, die derzeit primär von strukturellem Rassismus profitieren.

ZUGEHÖRIGKEIT UND AUSSCHLUSS NEU BEGRÜNDEN UND WIDERLEGEN

Symbolische Kämpfe über Rassismus sind ein Zeichen dafür, dass rassistische symbolische Herrschaft bröckelt oder verschärft werden soll oder beides. Wenn AntirassistInnen erreichen wollen, dass Rassismus abnimmt, ist es eine wichtige Strategie, menschenverachtende Haltungen und v.a. auch Handlungen als "nicht verhandelbar" zu stigmatisieren. Es ist aber auch wichtig, die Grenzen dieser Strategie zu bedenken. Argumentative Verhandlungen darüber, wer wo wie dazu gehören soll, sind ein wichtiges Moment antirassistischer Kämpfe, weil sie die Gegner ernster nehmen müssen und weil sie die eigenen Ambiguitäten sichtbar machen. Es ist zwar mühsam, (erneut) über Zugehörigkeiten zu verhandeln, die man selbst für längst geklärt hält. Damit ist implizit ja auch die Möglichkeit von Ausgrenzungen angesprochen, die auf der Grundlage der eigenen Werte nicht akzeptabel wären. Man muss sich aber vor Augen halten, dass die Wahl der Strategie nicht mit einem Aufgeben antirassistischer Ziele identisch ist. Vielmehr stellt sich in konkreten Situationen die Frage, ob ein moralisch begründetes "Keinesfalls" oder ein Argumentieren, bei dem man auch unterliegen könnte, nicht eher dazu führen, dass symbolische Kämpfe eine Destabilisierung von rassistischer Herrschaft erreichen können. Der Rückgriff auf wissenschaftliche Definitionen des Rassismus und auf "moralische Keulen" sind ein Bestandteil antirassistischer Strategien. Aber letztlich geht es darum, dass rassistische Herrschaft tatsächlich abgebaut werden kann. Dieses Ziel kann – so ist zu hoffen – auch durch argumentative Auseinandersetzungen über Ausschluss und Zugehörigkeit erreicht werden. ×

LITERATUR

× *Allport, Gordon W.: Die Natur des Vorurteils. Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1971.*

× *Balibar, Etienne und Immanuel Wallerstein: Gibt es einen ‚neuen Rassismus'? In: Etienne Balibar (Hg.), Rasse, Klasse, Nation, ambivalente Identitäten. Argument, Hamburg, Berlin,1990, S. 23-38.*

× *Lewontin, R. C., Steven Rose und Leon J. Kamin: Not in our genes, Biology, ideology and human nature. Pantheon, New York, 1984.*

× *Nohl, Arnd-Michael und Anja Weiß: Jenseits der Greencard, ungesteuerte Migration Hochqualifizierter. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44, 2009. Online unter: http://www1.bpb.de/publikationen/R596XR,0,Jenseits_der_Greencard%3A_Ungesteuerte_Migration_Hochqualifizierter.html*

× *Wacquant, Loïc: Für eine Analytik rassischer Herrschaft. In: Anja Weiß, Cornelia Koppetsch, Oliver Schmidtke und Albert Scharenberg (Hg.), Klasse und Klassifikation, die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit. Westdeutscher Verlag, Opladen, 2001, S. 61-77.*

× *Weiß, Anja: Rassismus wider Willen, ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit. Westdeutscher Verlag, Opladen, 2001. Download unter www.uni-due.de/soziologie/weiss_downloads.php*

× *Wetherell, Margaret und Jonathan Potter: Mapping the language of racism, Discourse and the legitimation of exploitation. Harvester Wheatsheaf, New York, London, Toronto, Sydney, Tokyo, Singapore, 1992.*

ÜBER DIE AUTORIN

× *Anja Weiß ist Juniorprofessorin für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen*

ANMERKUNGEN

× 1 *In den USA galten alle Kindeskinder von Afrikanern als schwarz (One-Drop-Rule), während im katholisch geprägten Südamerika elaborierte Abstufungen von Mischlingsgraden institutionalisiert wurden.*

× 2 *Das Argument setzt voraus, dass Pässe nicht leicht zugänglich sind, bzw. gewechselt werden können. Wäre dies der Fall, wie die wohlmeinend argumentierenden Verteidiger der Staatsbürgerschaft unterstellen, könnte man evt. doch auch sozialwissenschaftlich zwischen Diskriminierung und der vorübergehenden Benachteiligung von Noch-Nicht-Staatsbürgern unterscheiden.*

Multikulturalismus und Interkulturalität

Eine kritische Perspektive

BIRGIT ROMMELSPACHER

Die multikulturelle Gesellschaft sei gescheitert. Das scheint inzwischen in der politischen und medialen Öffentlichkeit Konsens zu sein. Das Problem dabei ist jedoch, dass das gar nicht möglich ist. Denn die multikulturelle Gesellschaft ist eine Realität, sobald Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft in ihr zusammen leben. Sie kann als solche also weder gelingen noch scheitern. Ist damit jedoch ein bestimmtes Konzept des gemeinsamen Zusammenlebens im Sinne des Multikulturalismus gemeint, dann stellt sich diese Frage sehr wohl. Allerdings wäre es dann notwendig zu klären von welchem Konzept die Rede ist, denn Multikulturalismus Konzepte gibt es so unterschiedliche wie es unterschiedliche politische Positionen gibt.

Meist glauben die Mainstream-Kritiker, sich von einem Multikulturalismus naiver Träumer absetzen zu müssen, die das multikulturelle Zusammenleben romantisieren. So spricht etwa Seyran Ates in dem Zusammenhang von "Multikultifanatikern", die die MigrantInnen kritiklos in jeder Hinsicht unterstützen. Gegenüber einer solchen Kritik wäre zu fragen, wo, von wem, wann dieser romantische Multikulturalismus denn behauptet und durchgesetzt worden wäre. Schließlich hat sich Deutschland über Jahrzehnte geweigert, die Tatsache der Einwanderung überhaupt anzuerkennen, und Deutschland ist bisher nicht bekannt dafür gewesen, dass es mit seinen EinwanderInnen besonders zuvorkommend umgegangen wäre.

Kritik am Multikulturalismus kam und kommt aber auch von linker und kritischer Seite. Mit diesem Konzept würde Kultur als Problem festgeschrieben und zudem würden die Menschen jeweils bestimmten Kulturkreisen zugeordnet und in ihnen festgehalten. Beide Argumente sind wichtig, denn weder ist es immer eindeutig wer welcher Kultur angehört oder sich selbst ihr zugehörig fühlt - für viele mag ihre Kultur nur sporadisch von Interesse sein - und zum anderen ist keineswegs ausgemacht, dass die Probleme, die man der multikulturellen Gesellschaft zuschreibt, tatsächlich vorrangig mit Kultur zu tun haben. Tatsächlich spielen in einer Konfliktlage nahezu immer mehrere Dimensionen wie soziale, politische und ökonomische hinein.

POLITISCHER MULTIKULTURALISMUS

Multikulturalismus ist kein neutraler, sondern ein politischer Begriff, wenn mit ihm ein Konzept multikulturellen Zusammenlebens gemeint ist. So gibt es einen konservativen oder auch rechten Multikulturalismus ebenso wie einen liberalen oder kritischen. Die *konservative Form des Multikulturalismus* betrachtet die einzelnen ethnischen Gruppen als geschlossene Einheiten. Hier ist alles eindeutig zuordenbar, jede/r hat seinen/ihren Platz in der kulturellen Ordnung einer Gesellschaft[1]. Der britische Rassismustheoretiker Stuart Hall spricht

in diesem Zusammenhang von einer "Exotisierung der Differenz": Je weniger vom Rassismus gesprochen wird, desto mehr werden kulturelle Unterschiede betont. Diese gelten als stabil. Alles was queer, transitorisch oder hybrid ist, stört die Ordnung. Im konservativen Multikulturalismus wird also Homogenität innerhalb der Kulturen und Heterogenität zwischen ihnen unterstellt. Eine solche Entgegensetzung kann bis hin zu einem rechtsextremen *Ethnopluralismus* reichen, in dem die gegenseitige Abschottung von Kulturen zum politischen Programm erhoben und die Grenzziehung ideologisch verabsolutiert wird. Interessant ist dabei vor allem die Frage: wer definiert hier Kultur, und wem nützen diese Definitionen? So ergeben sich gerade bei der konservativen Form des Multikulturalismus vielfach Koalitionen zwischen konservativen Kräften der Mehrheitskultur und den Migranten-Eliten, die oft eigene Interessen an einer Re-Traditionalisierung der ethnischen Communities haben.

Beim *liberalen Multikulturalismus* ist die Trennung zwischen privatem Bereich und Öffentlichkeit zentral. Die Öffentlichkeit gilt als "neutraler Ort", an dem alle Menschen gleich sind. Privat hingegen sind sie verschieden. Und der Staat hat, soweit er überhaupt in diesen Fragen zuständig ist, diese Verschiedenheit zu gewährleisten. Die Fragwürdigkeit dieses Neutralitätskonzepts zeigt sich im öffentlichen Leben in Deutschland nicht nur darin, dass die christliche Kultur von der regierenden christlichen Partei über Sonn- und Feiertage und öffentliche Rituale in vielfältiger Weise sichtbar ist, sondern dass auch ganz selbstverständlich von einem Anspruch auf ihre öffentliche Repräsentanz ausgegangen wird. Deshalb richtet sich die Forderung nach Trennung von Öffentlichkeit und privater Sphäre vor allem, wenn nicht gar ausschließlich, an die nicht-christlichen Glaubensgemeinschaften, insbesondere an den Islam.

Beim *linken Multikulturalismus* geht es primär um die Gewährleistung der Chancengleichheit von ethnischen Minderheiten. Die Bedeutung kultureller Zugehörigkeit wird vor allem danach bemessen, ob sie zur Legitimation sozialer Ungleichheit dient oder nicht. Insofern steht diese vor allem von antirassistischen AktivistInnen und Organisationen verfochtene Multikulturalismus-Politik in erster Linie für den Kampf um soziale Gerechtigkeit. Integration wird im Wesentlichen als eine sozioökonomische verstanden und über den Arbeitsmarkt angestrebt.

Für den vierten Typus multikultureller Politik, den *kritischen Multikulturalismus*, hat die ethnische Zugehörigkeit zwar auch eine große Bedeutung. Er stellt aber zugleich die Frage, was Ethnizität eigentlich bedeutet: Hat sie nicht viele Facetten und ist ständig im Fluss? Gibt es nicht zahlreiche Überschneidungen mit anderen sozialen Zugehörigkeiten? Ist die Festlegung auf ethnische Zugehörigkeit im Grunde nicht eine Fiktion? Mit diesen grundlegenden In-Frage-Stellungen von ethnischen und/oder kulturellen Zuordnungen reagiert diese Form von Multikulturalismus auf die Tatsache, dass jede/r immer unterschiedliche Bezüge hat, sei es des Geschlechts, der Klasse oder der körperlichen Verfasstheit im Sinne von Behinderung und Nichtbehinderung, der sexuellen Orientierung, des Alters und nicht zuletzt der unterschiedlichen politischen Überzeugungen. Ein multikulturelles Konzept, das diesen Unterschieden nicht gerecht wird und allein der Ethnizität Gewicht gibt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Normalität reproduzieren, die die eingefahrenen Hierarchien zwischen Klassen, Geschlechtern und Altersgruppen fortschreibt.

Dem kritischen Multikulturalismus geht es also nicht nur um gleichberechtigte Teilhabe aller, sondern auch um die kritische Überprüfung der Kategorisierungssysteme und -strategien, die Kulturen hervorbringen. Kulturelle und ethnische Differenz wird als etwas Ambivalentes wahrgenommen: Sie ist einerseits die Grundlage dafür, sich selbst zu definieren und Bedeutungen herzustellen – und somit Kultur, Sprache und Kommunikation hervorzubringen. Auf der anderen Seite ist Differenz das, was andere festlegt, ausgrenzt, zum Schweigen bringt und unsichtbar macht.

Die Hinterfragung des Kategoriensystems bedeutet vor allem, die Position der Mehrheit nicht als das Allgemeine zu verstehen, als den unsichtbaren Ort, von dem aus die Anderen definiert und kulturalisiert werden, sondern als einen Ort, der selbst ein kulturell begrenzter ist und in den die historischen und aktuellen Erfahrungen von Dominanz eingeschrieben sind. Aus diesem Grund analysieren etwa die "critical whiteness studies" den Standpunkt der Weißen als einen Ort, der sich durch die Behauptung universeller Gültigkeit selbst unsichtbar gemacht hat und seine Partikularität zum Universellen erklärt.

Der kritische Multikulturalismus geht also davon aus, dass die Gesellschaft nicht in klar abgrenzbare ethnische Gruppen aufgegliedert ist, sondern dass es sich um eine plurale Gesellschaft handelt, mit einer Vielzahl unterschiedlicher Segregationslinien und einem Geflecht unterschiedlicher Dominanzverhältnisse. Die entscheidende Herausforderung ist dabei zu erkennen, welche Kategorie in einem bestimmten Kontext von Bedeutung ist und dass in der Regel mehrere zusammen fließen. So ist dem linken Multikulturalismus zuzustimmen, dass fast immer mit der ethnischen Differenzierung ökonomische Benachteiligungen einhergehen, aber meist geht sie eben auch mit kultureller Abwertung einher. Den Anderen werden nicht nur dieselben Chancen verweigert, sondern sie werden auch in ihrer Lebensweise angegriffen und herabgesetzt. Es geht also nicht nur um die materielle, sondern immer auch um die symbolische Dimension: um Fragen der Umverteilung wie um die sozialer Anerkennung. So kann man etwa Gewalt in Migrantenfamilien nicht alleine auf ihre soziale Lage zurück führen, denn sonst lässt sich zum Beispiel nicht erklären, warum sie etwa in türkischen Familien deutlich höher ist als in deutschen oder auch in Aussiedlerfamilien. Aber ebenso falsch ist

es, dies einfach "dem" Islam oder "der" türkischen Kultur anzulasten, wie dies in einschlägigen Publikationen gerne behauptet wird. Denn in dem Fall ist zu fragen, was heißt hier Kultur.

WAS HEISST HIER KULTUR?

Kultur im Sinne von Lebensweise mit ihren normativen Orientierungsmustern und tradierten Praxen umfasst mehr als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion. Sie bezieht sich etwa auch auf die regionale Herkunft, also ob jemand vom Land oder der Stadt kommt, sie bezieht sich auch auf den Zugang zu Ressourcen wie Arbeit, Bildung, Wohnung, auf den Zugang zu sozialen Hilfesystemen und nicht zuletzt auf die soziale Anerkennung. Wir sollten also, wenn wir von türkischen Familien in Deutschland sprechen, eher von einer Migrantenkultur reden, in die die Verarbeitung oder auch das Scheitern von Transferprozessen aus dem Herkunfts- in das Aufnahmeland ebenso einfließt wie Zurückweisungs- und Rassismuserfahrungen durch die Mehrheitsgesellschaft.[2]
Es kann also weder darum gehen, alle Probleme von EinwanderInnen als ökonomisch verursacht zu erklären, noch sie aus den Vorschriften eines ewig gültigen Koran abzuleiten, sondern sie als Resultat sozialer Problemlagen und mangelnder Anerkennung, als Resultat einer Wechselwirkung zwischen sozialer und symbolischer Ordnung zu verstehen.

Der Begriff des Multikulturalismus scheint diese Dynamik nur schwer zu erfassen, bezieht er doch lediglich die Kultur als relevanten Faktor ein und suggeriert darüber hinaus, dass es sich um unterschiedliche Herkunftskulturen handele, die eben nun mal verschieden seien und in ihrer Verschiedenheit nebeneinander existierten. Zumindest letzterem Problem versucht der Begriff der *Interkulturalität* entgegen zu steuern, denn er betont, dass Kultur immer auch Resultat von Beziehung ist. Dass es - die Bedeutung von Kultur vorausgesetzt - immer auch um eine Wechselbeziehung zwischen verschiedenen Kulturen geht und die jeweilige Kultur ihre Bedeutung dadurch gewinnt, wie sie in der Interaktion mit einer anderen sich darstellt und entwickelt. So hat, wie inzwischen in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen, das islamische Kopftuch für Muslima in einem westlichen Land meist eine andere Bedeutung als für Muslima etwa in Iran. Aber auch dort hatte es zu Zeiten der Revolution eine andere Bedeutung als nach Etablierung des islamistischen Regimes, das das Tragen des Kopftuchs zur Pflicht erklärte und zum Ausweis politischer Loyalität machte.

Zwar betont der Begriff Interkulturalität, wie er sich inzwischen etwa in der Pädagogik und Sozialarbeit etabliert hat, die Beziehung zwischen Kulturen, dabei geht er jedoch implizit von ihrer Gleichwertigkeit aus. Die Machtasymmetrie, die etwa im Rassismusbegriff angesprochen wird, wird hier gewissermassen neutralisiert.

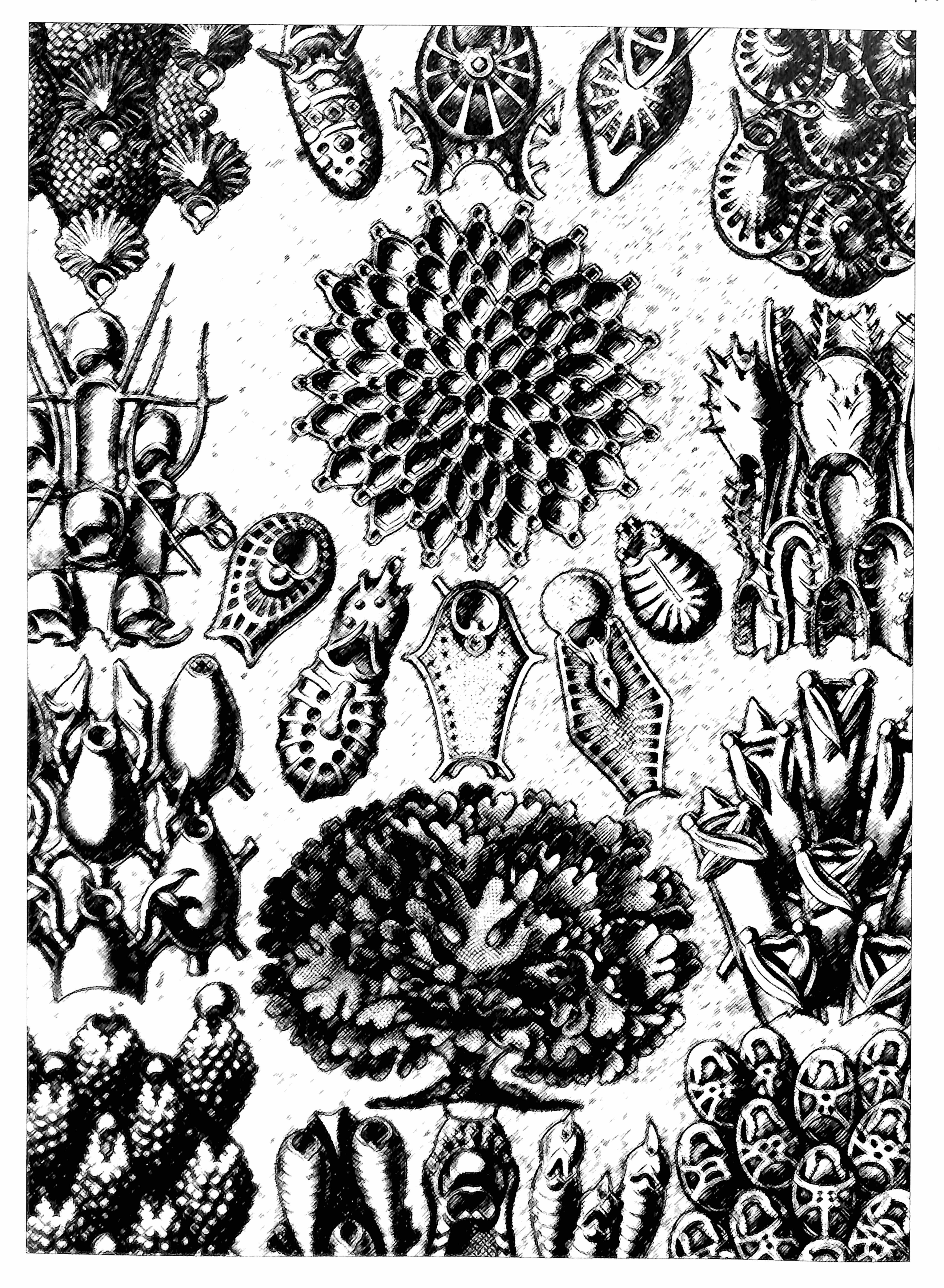
Aus Sicht der Rassismusanalyse muss Interkulturalität deshalb scheitern, sind doch die grundlegenden Voraussetzungen einer nur ansatzweisen Parität nicht gegeben.
Aber selbst das Postulat der Wechselwirkung wird selten eingelöst. So erfährt man in Texten zur Interkulturalität z.B. häufig viel über die Türkei, den Islam und die Frauenrolle im Islam aber kaum etwas über das Selbstverständnis der alteingesessenen Deutschen, die Christlichkeit ihrer Kultur oder über die Geschlechterverhältnisse in der Mehrheitsgesellschaft - und wie diese unterschiedlichen kulturellen Muster miteinander interagieren. Die De-Thematisierung der Mehrheitskultur erklärt sich mit der Selbstverständlichkeit einer normsetzenden Gesellschaft. Die Kultur der Anderen ist das "Problem". Und obgleich sie im Mittelpunkt steht, kommen die Betroffenen selbst meist nicht zu Wort. Insofern werden die MigrantInnen im interkulturellen Diskurs oft sichtbar und unsichtbar zugleich gemacht.

Die Begriffe Interkulturalität und Multikulturalismus sind also recht problematisch, verdecken sie doch vieles in dem, was sie zu benennen vorgeben. Allerdings lassen sie sich nicht durch einen besser fundierten Begriff wie den des Rassismus ersetzen. Dieser bezieht sich alleine auf das gesellschaftliche Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft in Bezug auf die ethnischen Minderheiten. Aber er bezieht sich nicht auf die Frage, wie gemeinsame Kommunikation und Interaktion möglich ist und wie Konzepte für das gesellschaftliche Zusammenleben aussehen könnten. Genausowenig können diese Begriffe ersetzt werden durch eine Fokussierung auf soziale Unterschiede und Diskriminierungen. Insofern bleibt nur das mühselige Geschäft einer kritischen Begriffsverwendung, die jeweils den Entstehungszusammenhang benennt und von den Funktionen dieser Begriffe weiß. So ist in bezug auf Multikulturalität und Interkulturalität zu fragen von welchem Kulturbegriff jeweils die Rede ist, wer wessen Kultur hier problematisiert und ob sie in dem Zusammenhang überhaupt von Relevanz ist. Diese Schwierigkeiten sollten jedoch nicht dazu führen, den Begriff der Kultur ganz zu suspendieren. ✖

ANMERKUNGEN

✖ 1 Ein solch konservativer Multikulturalismus wird etwa in Südtirol praktiziert, wo die Menschen verschiedenen Sprachgruppen zugeordnet werden und diese dann jeweils entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil Anspruch auf Repräsentanz in den politischen Gremien haben.

✖ 2 In einer früheren Untersuchung von W. Heitmeyer zur kulturellen Radikalisierung islamischer Jugendlicher in Deutschland (1997) wurde festgestellt, dass die meisten Jugendlichen sagen, dass der Kulturkonflikt für sie kein Problem sei. Hingegen sei Rassismus und Ausgrenzung das, was sie vor allem beschäftigt und bedrückt.



Angewandter Alltagsrassismus

Gespräch mit Challa von K.O.Muzik61

KLAUS MÜLLER, ZAG

Die Eltern von Challa migrierten 1972 aus Kars, Türkei nach Deutschland; sein Vater ist Türke, seine Mutter Kurdin. Challa wurde 1981 geboren und wuchs mit seinen fünf Geschwistern in Kreuzberg auf. Obwohl in Berlin geboren, besitzt er keinen deutschen Pass. Seine Mutter ist heute 54, Hausfrau und sein Vater 64, Frührentner seit fünf Jahren; zuletzt arbeitete er bei Siemens als Staplerfahrer. Challa besuchte die Grund- und Hauptschule in Kreuzberg, die er in der 8. Klasse abbrechen musste, da er in Untersuchungshaft genommen wurde; nach drei Monaten wurde er wegen erwiesener Unschuld entlassen. In diesem Alter erste Kontakte zur Hip-Hop-Szene, mit 7 Breakdance, mit 11 Graffiti und mit 14 Rappen. Er machte eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann und arbeitete in diesem Beruf, bis er 2001 wegen einer Gang-Auseinandersetzung zu 2 ½ Jahren Haft wegen versuchten Totschlags verurteilt wurde. Im Knast wurde er zum Maler und Lackierer ausgebildet und arbeitete nach seiner Entlassung für ein Jahr in diesem Beruf bei der Gewerkschaft Verdi. Weitere Tätigkeiten: Staplerfahrer bei Siemens, Gärtner auf ABM-Basis, Werkputzer bei Mercedes, Koch im Bethanien für das Streetfootball Projekt zur WM 2006. Heute ist er in der Jugendarbeit beschäftigt und gibt Rap- und Breakdance-Kurse.

»Wie bist Du zum Hip-Hop gekommen?

Durch Tupac Shakur. In der sechsten Klasse, beim Wechsel von Grund- zur Hauptschule habe ich ein Lied von ihm gehört, "Dear Mama", in dem er seiner Mutter dankte. Schon damals wurde mir klar, was meine Eltern durchmachen mussten, besonders meine Mutter, die sechs Kinder zu versorgen hatte, während mein Vater den ganzen Tag nicht da war, auf Arbeit sein musste. Dieses Lied hatte mich derart berührt, so dass ich diesen Typ studiert habe, mich mit seinem Leben befasste. Ich wollte damals sein Leben 1:1 übernehmen, Sachen für die Jugendarbeit aufbauen und so. Aber dann kam es, dass ich erst mal alles Negative von ihm übernommen habe, sich in der Gruppe einen Namen zu geben, sich Respekt zu verschaffen, und das habe ich dann auch 'ne ganze Zeit so gemacht. Zuerst waren wir nur ein Freundeskreis, der gemeinsam auf der Straße herumhing, aber dann kam immer öfter die Polizei, hielt uns grob an und fragte "Welche Gruppe seid ihr?" Erst nach vielen Kontrollen kamen wir auf den Gedanken, uns selber als Gruppe zu sehen und uns dadurch abzugrenzen. Zuerst nannten wir uns ironisch "Ghetto 2000" bevor dann der wirkliche Name "Crazy-Kick-Brothers" entstand.

* *[Tupac Amaru Shakur, * 16. Juni 1971 in Brooklyn, New York City; † 13. September 1996 in Las Vegas, Nevada, auch bekannt unter seinem Künstlernamen 2Pac und Makaveli, war einer der erfolgreichsten US-amerikanischen Rap-Musiker]*

Wir waren damals die "Crazy-Kick-Brothers" und haben uns regelmäßig mit anderen geschlagen. Wir benahmen uns asozial, weil alle genau dies von uns erwarteten. Die Gruppe bestand aus Einwandererkindern, die einfach nichts mehr zu tun hatten zu Hause, die wie ich den ganzen Tag auf der Straße rumhingen, weil sie zu Hause mit sechs oder sieben Personen in zwei bis drei Zimmern wohnen mussten und so waren wir den ganzen Tag draußen auf der Straße und hatten dort unsere Freunde, also unsere Familie.

Heute besteht die Gruppe nicht mehr, sie wurde auseinander gerissen. Viele gingen in den Knast, einer wurde von seinem Vater in die Türkei geschickt, die übrig gebliebenen haben immer mehr Musik gemacht, später haben K. D. Kane und ich ein eigenes Label gegründet: K.O.Muzik61 (Kreuzberg Original Music); und der Lebensstil der übrig gebliebenen ist heute "Knock-Out-Life-Fucking-Economy". Economy steht für uns für diese Gesellschaft, Rassismus und rassistische Politik, aber auch dafür, dass man trotzdem noch etwas machen kann. Ich mache heute Rap und meine Texte beschreiben das, was ich erlebt habe, ehrlich und ungeschönt, die Karten auf den Tisch gelegt. Alles was Scheiße gelaufen ist, aber auch, was man besser machen könnte. «

»Wo siehst Du die Hintergründe für die von Dir beschriebene Lebenssituation?

Wir wurden schon als Kinder aussortiert auf eine Schule in Kreuzberg ohne Perspektive, immer nur schön im eigenen Saft. Man wurde immer nur intern vermittelt, Kreuzberg, Schöneberg, Tempelhof und das war's. Ich habe nie eine Schule in Zehlendorf gesehen, oder einen Ausbildungsplatz in Charlottenburg bekommen. Die Strukturen, dass "Ausländer" unter sich bleiben sollen, hatten sich schon vor über 15 Jahren verfestigt, sie scheinen mir heute kaum noch auflösbar, denn die Leute, die uns immer wieder als "Ausländer" in diese Strukturen zurück schieben, sind so versteckt, die haben keine Glatzen oder Hakenkreuze; die ganzen modernen Rassisten sitzen heute seriös in Behörden und Politik und leiten uns. Und die deutsche Leitkultur ist für mich auch wieder nur saufen, konsumieren, Drogen nehmen, Party machen ... warum sollen wir die übernehmen? Warum wurden wir vor 15 Jahren von den Deutschen ausgegrenzt und heute wird uns vorgeworfen, dass wir uns nicht integrieren, uns selber ausgrenzen? Nach 28 Jahren Leben in Deutschland, soll ich mich integrieren? Wohin? «

»Warum kamst Du mit 14 und 18 in Haft?

Ich hab mit 14 viel auf der Straße mit anderen rumgehangen, die Leute abgezogen haben. Ich wurde dann beschuldigt, an Diebstählen beteiligt gewesen zu sein und mit 14 erstmals verhaftet. Nach drei Monaten wurde ich dann als unschuldig entlassen, aber in den drei Monaten hatte ich im Knast viele neue Erfahrungen, die mein Leben dann prägten. Nach meiner Entlassung wurde ich dann "richtig kriminell", ich habe das im Knast Erlernte einfach draußen weiter

angewendet, Drogen und Alkohol genommen. Vier Jahre später kam ich dann erneut in den Knast, dieses Mal wegen versuchten Totschlags. Wir hatten eine Schlägerei gehabt und ich habe ziemlich krass über reagiert, habe einem die Bierflasche ins Auge gedrückt. Ich glaube, auch Alkohol hat da eine Rolle gespielt. Ich wurde dann nach dem Jugendstrafrecht zu 2 ½ Jahren Knast verurteilt. Im Knast machte ich erfolgreich eine weitere Ausbildung zum Maler und Lackierer, aber trotzdem wurde mir nach meiner Entlassung die Abschiebung angedroht. «

» Warum hast Du die Kurve bekommen?
Warum ich die Kurve gekriegt habe? Es waren 30 Monate im Knast, eine lange Zeit; die Zelle ist gerade mal so groß wie hier, wo wir sitzen *(wir sitzen in einem bröckelnden Kreuzberger Kellerverschlag, ca. 2 x 3 Meter, umgebaut zum Band-Büro, ein Tisch, zwei Stühle, ein Regal, voll)*. Die Zelle ist höchsten 5 ½ Quadratmeter, und man merkt, was einem alles entzogen wird. Die Luft die man drinnen atmet, ist ganz anders, als die, die man draußen atmet. Es ist ganz was anderes, in der Mauer was zu essen, als draußen. Und man kann schreien, und keiner hört einen draußen... «

» Weshalb machst Du heute Jugendarbeit?
Heute gebe ich verschiedene Workshops zu Rap, wie man Texte schreibt, und zu Breakdance und bin für die Kids da und erkläre ihnen meine Lebenssituation, die auch wirklich krass verheerend war, um die aus dieser Bahn raus zu kriegen. Denn ich seh' schon deformiert aus *(Challa hat einige markante Narben, die sich über seinen Kopf mit Kurzhaarschnitt ziehen)*, geht bitte nicht meinen Weg, sonst werdet ihr genau so aussehen. Ich war echt ein schlechter Mensch, hab böse Sachen gemacht, viele böse Sachen und bin doch deswegen, wegen meiner Vergangenheit, ein gutes Bespiel heute. «

» Wie schätzt Du Dein Leben heute ein?
Meine Welt ist sehr klein, ich lebe in einer sehr kleinen Welt von Blicken, Diskriminierung, Vorurteilen - noch heute wie im Knast; was ich nicht verstehen kann, denn du hörst ja, ich rede perfekt Deutsch, wahrscheinlich besser als viele Deutsche, mache Jugendarbeit, gehe zur Arbeit, esse auch Currywurst und trinke mal 'nen Bier - und trotzdem werde ich regelmäßig angemacht und ausgegrenzt, weil ich nicht deutsch aussehe. Du siehst ja, ich habe Narben am Kopf von früher, und das reicht schon, türkisch aussehen und Narben am Kopf, da kannst du machen was du willst, du bist immer der "kriminelle Ausländer". Und auch mit meinem türkischen Pass in Verbindung mit meinen Vorstrafen werde ich immer bei allen Behörden und der Polizei der "kriminelle Ausländer" bleiben - oder eher: "Das Opfer meiner eigenen dummen Vergangenheit".

Eine große Schuld gebe ich dabei den Medien, wenn die Leute ständig Berichte über Ausländerkriminalität sehen, wenn Ausländer ständig so dargestellt werden "wieder zwei Ausländer in der U-Bahn 'nem Rentner den Kopf eingetreten" - dann kann ich den Opa in der U-Bahn sogar verstehen, der mich erst anrempelt und mich dann, statt sich zu entschuldigen, mit "scheiß Ausländer" beschimpft. Aber verabscheuen tue ich wirklich die, die ihr Bild schon fix und fertig im Kopf haben und lospöbeln, wenn ich nur vorbeigehe.

Typisch auch, dass nach einem Autounfall, bei dem ich angefahren wurde und ich die Polizei gerufen habe, ich mir dann von der Polizei anhören musste: "Wir können auch ganz anders, wenn Du hier frech wirst". Und eine Anzeige wegen des Unfalls haben sie auch nicht aufgenommen, auch auf mein Drängen hin nicht. Auch typisch, dass ein Deutscher, der mich angegriffen hat und mit dreizehn Hammerschlägen auf meinen Kopf eingeschlagen hat, nur wegen fahrlässiger Köperverletzung zu 20 Monaten auf Bewährung verurteilt wurde. Fahrlässige Körperverletzung! «

» Kreuzberg wird langsam aber stetig aufgewertet, Bewohner mit Migrationshintergrund, häufig bis heute nicht sehr wohlhabend, werden verdrängt und durch wohlhabende, zumeist deutsche Zuzügler ersetzt. Wie siehst Du die Veränderungen in Deinem Wohnviertel?
Meine Gegend hier in 61 war für mich immer eine Sonnenblume, schön, rau und mit 100 Freiräumen. Jetzt wird alles privatisiert, die ganzen Einheimischen werden rausgehauen, mit irgendwelchen Geldern rausgekauft oder weg gedrängt und meine Gegend wird immer mehr zu einer *Hell's Kitchen*. Der Umgang der Leute miteinander hier im Kiez verändert sich. Letztens habe ich zu einer Frau gesagt, die ihren Hund auf dem Spielplatz laufen ließ, sie solle ihm doch mal ‚ne Leine ummachen, und ihre Antwort war "Halt die Schnauze, Türke!" Was mich dann wirklich überrascht hat, war, dass die ganzen Kinder auf dem Spielplatz gleich anfingen zu krakeelen: "Schlampe!" "Hure!" "Nutte!", ich glaube, die Kinder haben gar nichts anderes mehr mitbekommen und können schon jetzt nichts anderes mehr rauslassen, als Aggressionen.

× *["61" oder "Kreuzberg 61" bezieht sich in sehr freier Form auf den alten Postzustellbezirk. Gemeint ist ein Gebiet zwischen Flughafen Tempelhof im Süden, S-Bahn-Trasse im Westen, der Kanal im Norden und die Linie Gräfestraße/Körtestraße und Südstern/Friedhöfe im Osten]*

Trotz alledem versuche ich in meinem und mit meinem Leben was anzufangen, mit unserer Musik bilden wir eine Brücke aus der Vereinzelung und Diskriminierung. Mit K.O.Muzik61 wollen wir auf der Straße Gelerntes zeigen und Widerstand gegen die Ausgrenzung als Türken in Deutschland leisten. « ×

KONTAKT:

× *www.myspace.com/komuzik61*

Der Diskurs der Eliten und die Reproduktion des Rassismus

TEUN VAN DIJK, UNIVERSITÄT "POMPEU FABRA" BARCELONA
(ÜBERSETZT UND BEARBEITET VON JANA SEPPELT)

Teun van Dijk untersucht in diesem Text Diskurse der Eliten über sogenannte "ethnische Angelegenheiten", *ethnical affairs* in den Massenmedien, in der Erziehung und Bildung, in der Politik und in der Wirtschaft mit dem Ziel, inhärenten institutionellen Rassismus zu "entlarven". Sein Text stammt ursprünglich aus dem Jahr 1990. Hier erscheint er in einer gekürzten Version. Vorab möchten wir *Begriffe* klären und van Dijks *Vorannahmen* verdeutlichen:

- Unter *Diskurs* versteht Teun van Dijk institutionellen und zwischenmenschlichen *„text and talk"* (Text und Sprechen), welche eine entscheidende Rolle in der Inkraftsetzung, der Legitimation und dem Erlernen von Rassismus in der Gesellschaft spielt. Angehörige der Mehrheitsgesellschaft („Weiße") und ihre Institutionen ("weiße Institutionen") nehmen teil an Diskursen, die ihre Dominanz ausdrücken: in Gesprächen, durch Kinderbücher in der Kindheit, durch Schulbücher und in den vielen Diskursen der Medien, der Politik, der Wirtschaft und der Berufe. Rassismus äußert sich subtil oder offen gegenüber "Minderheiten" oder "MigrantInnen" oder auch im Austausch von Vorurteilen über "diese Schwarzen" oder "diese Ausländer" untereinander. Rassismus äußert sich zudem in der eher passiven Konfrontation der Menschen mit der Darstellung "ethnischer" Minderheiten und Ereignisse in den Nachrichten, in der Werbung oder im Film. Van Dijk denkt damit Diskurse nicht einfach als unabhängige oder unschuldige Formen der Sprachnutzung oder unwichtige Arten sozialer verbaler Interaktion. Im Gegenteil: Ethnische Diskurse, das heißt das Schreiben und Sprechen mit und über die MigrantInnen, haben einen entscheidenden Einfluss auf die *soziale Wahrnehmung* der Mehrheitsangehörigen. Rassismus ist damit sozial angeeignet und der "Diskurs über ethnische Angelegenheiten" ist zentral im Prozess der ideologischen Produktion und Reproduktion von Rassismus.
- Unter *Eliten* versteht Teun van Dijk diejenigen Gruppen in der Gesellschaft, die die zentralen politischen Ansätze entwerfen, die die einflussreichsten Entscheidungen treffen und die Art der Umsetzung bestimmen: Regierung, Parlament, Direktoren bzw. Entscheidungsgremien der staatlichen Behörden, führende PolitikerInnen, Unternehmenseigentümer und -manager sowie führende AkademikerInnen. Eliten sind damit diejenigen, die die Mehrheit und die einflussreichsten Formen des institutionellen und öffentlichen "*text and talk*" (Diskurses) initiieren, überwachen und kontrollieren. Sie haben *vorrangigen Zugang* zu den Massenmedien, sie können die Meinungsmache bestimmen und ändern, sie können Berichte vorbereiten und erstellen, sie können forschen und diese Forschung veröffentlichen - und dabei auch den akademischen Diskurs kontrollieren. Die Macht spezifischer Elitegruppen resultiert aus dem *Zugang zu und der Kontrolle über die Bedingungen der symbolischen Reproduktion in der Gesellschaft*, also über den öffentlichen Diskurs. Durch den öffentlichen Diskurs kontrollieren sie indirekt auch den Zugang zu den "Köpfen" der Menschen. Das heißt nicht, dass die Meinung und Ideologie der Eliten einfach nur der Öffentlichkeit übergestülpt oder andersherum passiv übernommen werden. Vielmehr meint es, dass *Eliten mehr diskursive Ressourcen haben, Interpretationen oder soziale Überzeugungen zu beeinflussen und Alternativen zu marginalisieren oder zu unterdrücken*, die gegen ihr Interesse sind.
- Teun van Dijk definiert *Rassismus* als "Dominanz weißer Gruppen" über verschieden definierte "Minderheiten oder Zuwanderergruppen" - oder aber genereller als die *Dominanz Europäischer Gruppen* über Nicht-Europäische.

Viele Elemente des gängigen Rassismus in der Bevölkerung sind auf eine scheinbar indirekte, subtile oder sogar "tolerante" Art von den Eliten in der Gesellschaft "vorformuliert". Da Eliten gleichzeitig ihr positives Selbstbild als tolerante Bürger pflegen, verleugnen sie den eigenen Rassismus. Eine der gängigen Strategien der Verleugnung ist es, Rassismus generell der weißen "Unterschicht" oder der extremen Rechten zuzuschreiben.

DER MEDIENDISKURS

Die Massenmedien spielen eine zentrale Rolle in der Reproduktion von Rassismus. Dabei sind Zeitungen und Fernsehen sowie individuelle Journalisten und Programmdirektoren in der Darstellung von "ethnischen" Themen teilweise von anderen gesellschaftlichen Eliten abhängig: Auch wenn sie versuchen, objektiv über Regierungspolitik, Polizeiaktionen, Gerichtsverfahren, Sozialpolitik, Zuwanderung oder Kriminalität zu berichten, sind sie abhängig von Quellen, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Damit erliegen sie häufig der *Illusion*, eine ausgewogene Sicht auf ethnische Angelegenheiten zu liefern.
Ein Weg, die migrantische Sichtweise zu kontrollieren, ist über *Einstellungspolitik*. Wie Unternehmen oder staatliche Organisationen sind auch die Massenmedien Teil des Arbeitsmarktes. Besonders in Europa beschäftigt kein einziges Medienunternehmen eine größere Anzahl von Journalisten, die einer Minderheit zuzurechnen sind, besonders nicht in den oberen Etagen. Der Ausschluss migrantischer Journalisten hat zur Folge, dass beispielsweise Nachrichten meist eine "weiße" Perspektive einnehmen. "Weiße" Reporter schreiben "weißen" offiziellen Quellen (Regierung, der Polizei oder "Ausländerexperten") mehr Wichtigkeit und Glaubwürdigkeit zu. Zweitens haben MigrantInnen und migrantische Organisationen weitaus *weniger Zugang zu den Medien*, weniger Kontrolle über die Definition der "ethnischen" Verhältnisse und weniger Einfluss auf ihre eigene Darstellung. Eine Analyse der Zitierungen bestätigt diese Hypothese. Minderheiten werden systematisch weniger zitiert in Meldungen, welche sie direkt betreffen.

oder aber ihre Meinungen werden durch "weiße" Sprecher ausgeglichen. Falls Menschen mit Migrationshintergrund zitiert werden, haben diese Zitate eine weniger glaubhafte Form: So werden Rassismusvorwürfe typischerweise in Anführungszeichen gesetzt oder von Worten des Zweifels wie "er behauptete" begleitet. Drittens organisieren gesellschaftliche Eliten ihren Zugang zu den Medien über Pressemeldungen, Pressekonferenzen und eigene PR-Büros. Da auch die meisten Eliten in Nordamerika und Europa "weiß" sind, überwiegt eine "weiße" Sicht und Perspektive in den Medien, wobei die weiße Gruppe in besserem Licht dasteht.

All dies zusammengenommen hat Konsequenzen für die Selektion und Behandlung von Medieninhalten. Wenn sie überhaupt vorkommen, werden Menschen mit Migrationshintergrund in den Nachrichten meist über Inhalte dargestellt, die den "weißen" Zuschauer interessieren. Die Darstellung ist beschränkt und stereotyp: Unter den Top5 sind (1) Zuwanderung, (2) Gewalt, Kriminalität oder Riots, (3) ethnische Beziehungen, (4) kulturelle Differenzen und speziell in den USA (5) Musik und Sport. Meist werden negative Inhalte dargestellt. Zuwanderung wird selten als Plus für die Wirtschaft oder Kultur, sondern als Problem, Bedrohung, oder Invasion diskutiert. Kulturelle Differenzen gelten als problematisch oder bedrohlich "für uns". Gleichzeitig spielen die Medien Probleme "für sie" wie Rassismus oder Diskriminierung herunter und behandeln diese als bedauernswerte Einzelfälle außerhalb des Mehrheitskonsens. Inhalte, die mit dem alltäglichen Leben von MigrantInnen zu tun haben (Wohnen, Bildung oder Gesundheit) haben eine geringe Priorität.

In der Art und Weise, wie über Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen wird, offenbaren sich zwei verschiedene Strategien; nämlich positive Selbstpräsentation und negative Präsentation der Anderen. Da eine offene negative Präsentation der Anderen häufig eingeschränkt ist durch Gesetze, Normen und Werte sind explizite rassistische Ansätze besonders in der "Qualitätspresse" rar gesät.

[...] Die liberale Presse betont die positive Rolle "weißer" Liberaler als Gehilfen der MigrantInnen, wohingegen die konservative oder rechte Presse dazu neigt, negative Eigenschaften der "Fremden" zu betonen. Damit sind Medien und Presse entscheidend an der Reproduktion eines Rassismus der Eliten beteiligt.

DER PÄDAGOGISCHE DISKURS: LEHRBÜCHER

Neben informeller Sozialisation und der Erziehung durch die Eltern begegnen Kinder einem institutionalisierten pädagogischen Wissen (oder Glauben, Normen und Werte) als erstes durch Kinderbücher, Fernsehprogramme, Unterricht und Lehrbücher. Durch sie hören oder lesen "weiße" Kinder in westlichen Ländern oft als erstes über "Nicht-Weiße" und über andere Kulturen, Kontinente und Nationen.

Sowohl formale als auch informelle Lehrpläne und ihre Umsetzung im Unterricht sind Teil dieser dominanten Kultur. Unabhängig von der zunehmenden Zahl von Kindern aus Minderheitengruppen, die Klassen europäischer oder nordamerikanischer Schulen füllen, bleibt der dominante pädagogische Diskurs "weiß". Menschen, Kulturen und Nationen aus der "Dritten Welt" werden aus einer westlichen Perspektive gesehen, dasselbe gilt für MigrantInnen. Trotz der steigenden Anerkennung des Bedarfs an "multikultureller Erziehung" ändern sich die alltäglichen Lehrmethoden, die Ausbildungsinhalte für Lehrer und die Bücher nur sehr langsam. Eine Analyse niederländischer Lehrbücher zeigte die folgenden Ergebnisse: Werden Minderheiten überhaupt porträtiert, dann sind die Themen ähnlich der in den Massenmedien: Zuwanderung, kulturelle Unterschiede, ethnische Beziehungen, Kriminalität und Abweichung mit der Tendenz zu einer Negativdarstellung - Probleme, Konflikte oder Bedrohung "für uns".

[...] Die Inhalte der Lehrbücher werden beeinflusst durch Ideologien in Wissenschaft aber auch in den Ausbildungscurricula der Lehrer und in den Massenmedien. Die Inhalte der Lehrbücher werden aktiv gestaltet durch die Eltern, die Schulleitungen, zivilgesellschaftliche Institutionen, die Herausgeber, Unternehmen, politische Parteien, Regierungen, Kirchen und viele andere Organisationen mit einem Interesse an ihrem Inhalt. Die meisten dieser Organisationen sind "weiß" und lehnen Erzählungen ab, die "Weiße" oder westliche Gesellschaften in einen Zusammenhang mit Machtausübung gegenüber "Nicht-Weißen" oder der "Dritten Welt" setzen.

Diese ethnozentrische Pädagogik spielt nicht nur eine Rolle in der Reproduktion der Mehrheitskultur und ihrer sozialen Wahrnehmung; sie bereitet migrantische Kinder auch auf die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt vor, in denen die meisten auf einem niedrigen Level leben und arbeiten werden. Das Bildungssystem und die Schule selbst tragen damit wesentlich zu gesellschaftlichen Ausschlüssen bei.

DER WISSENSCHAFTLICHE DISKURS

Während die historische Human- und Sozialwissenschaft noch offen die Überlegenheit der "weißen" Europäer betonen, finden wir rassistische Konstruktionen in den zeitgenössischen Wissenschaften weitaus subtiler in der Diskussion um kulturelle Differenzen. Die Themen sind hier nicht sehr verschieden von denen des Mediendiskurses: Es geht um die "Unvereinbarkeit der Kulturen", die Krankhaftigkeit oder "Kultur der Armut" in afro-amerikanischen Familien, um den "Fanatismus" des Islamismus oder die Kriminalität.

"Ethnische Studien" werden meist von "weißen" Akademikern betrieben, wobei diese wenig Interesse am Rassismus der Mehrheitsgesellschaft haben oder ihn gar verleugnen. Studien migrantischer Forscher werden marginalisiert und mit dem Vorwurf des "Bias" belegt. Machtverhältnisse werden kaum thematisiert. Damit trägt die Forschung über Sprache, Kultur, Verhalten und Sozialstruktur migrantischer Bevölkerung häufig dazu bei, genau jene Machtverhältnisse zwischen "Ethnien" zu reproduzieren. Ein Hauptproblem ist der Fokus der Studien "weißer" Eliten, die meist nicht darauf zielen, derlei Machtstrukturen in der Gesellschaft zu verändern.

Wissenschaftliche Eliten tragen - auch wenn sie nicht direkt an der öffentlichen Debatte teilnehmen - dazu bei, Ideologien zu verbreiten. Häufig werden ihre Arbeiten von anderen Eliten in Politik, Erziehung oder in den Medien präsentiert. Diese "Vorformulierungen" von rassistischen Konstruktionen sind daher, wenn auch meist indirekt, extrem einflussreich.

DER POLITISCHE DISKURS

Das Feld der "ethnischen Angelegenheiten" wird von regionalen oder nationalen Regierungen, gewählten Gremien und Verwaltungen bespielt. Letztere bestimmen die Umsetzung der Einwanderungspolitik, der arbeitsmarktrelevanten Programme, der Sozialpolitik (Wohnungen), Gesundheit und der Bildungspolitik. Diese Entscheidungsfindung und -umsetzung ist diskursiv: Politik, Regeln, Regulierungen oder Gesetze werden auf allen Ebenen der nationalen oder regionalen politischen Hierarchie informell diskutiert. In den Parlamenten und Gremien wird formal debattiert und entschieden und die Ergebnisse anschließend an Organisationen wie die Polizei, die Ausländerbehörden, die Schulen oder die Öffentlichkeit kommuniziert.

Die Entscheidungsfindung wiederum wird durch Massenmedien, Expertenmeinungen, Think Tanks, politische Parteien, staatliche Behörden, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie aus Statistiken

generierte "Fakten" beeinflusst. Der politische Diskurs über "ethnische" Angelegenheiten ist dem in den Medien oder der Wissenschaft sehr ähnlich. Der Grund ist sehr einfach: Die meisten der politischen Eliten haben den gleichen Klassen- und Bildungshintergrund wie andere Eliten. Zudem sind die meisten Wähler "weiß". Politiker werden daher im Interesse "ihrer" Wähler handeln oder andersherum: sie werden vermeiden, gegen deren Interessen zu handeln. Fast alle Organisationen mit Zugang zu politischen Entscheidungsfindungen sind "weiß", Felder wie die Antidiskriminierungspolitik sind Ausnahmen. Zwar gibt es politische und ideologische Unterschiede zwischen Rechten und Linken, doch ist der rassistische Diskurs nicht auf die Rechte beschränkt. Auch moderate Konservative oder gar Sozialisten werten MigrantInnen oder Minderheiten ab, wenn es ihnen einen Wählervorteil bringt. Die meisten Länder haben wenig wirksame Antidiskriminierungsgesetze. Rechte Parteien sind zudem auf dem Vormarsch. Obwohl sie systematisch die Gesetze unterlaufen, sind sie in keinem europäischen Land verboten, wobei auf ihre demokratischen Rechte verwiesen wird. Die demokratischen Rechte von Minderheiten oder anderen MigrantInnen sind offensichtlich unwichtiger.
[...] Das Hauptproblem des politischen Diskurses ist, dass er durch die Medien weit verbreitet wird und die Öffentlichkeit erreicht, die meist kein Problem hat, die Botschaften zu lesen: "Diese Einwanderer gehören nicht hierher"; "Wir sollten in der Einwanderungspolitik hart sein" oder "Die sollen sich an unser Land anpassen". Damit spielt die Vorformulierung mehr oder weniger subtiler rassistischer Konstruktionen im politischen Diskurs eine wesentliche Rolle für die gesellschaftliche Reproduktion von Rassismus.

DER UNTERNEHMERISCHE DISKURS

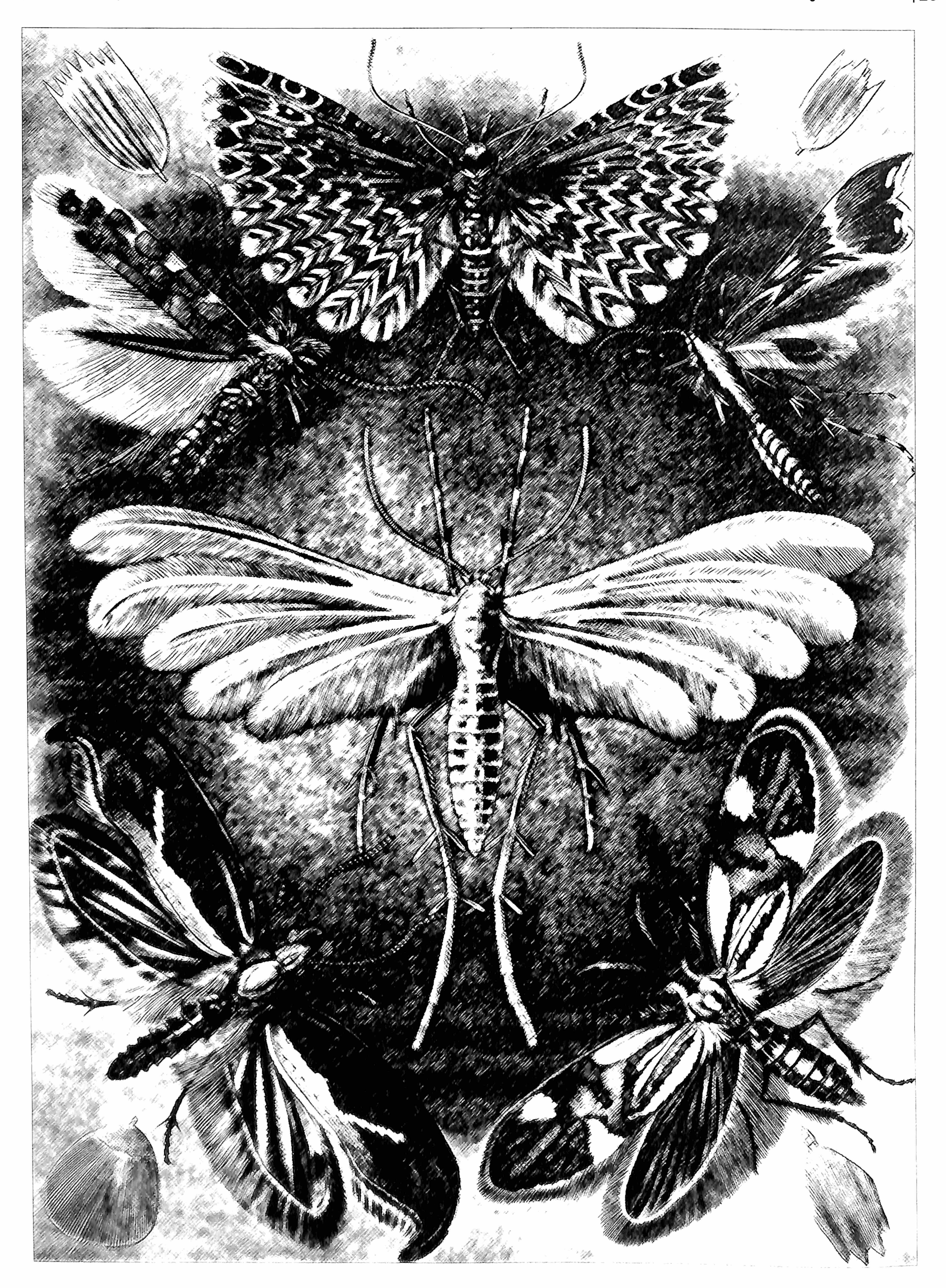
Obwohl Diskriminierung in der Wirtschaft häufig dokumentiert wird, gibt es wenige Studien über unternehmerische Diskurse bezüglich "ethnischer Angelegenheiten". Anders als über den politischen, pädagogischen oder wissenschaftlichen Diskurs, wird über unternehmerischen *„text and talk"* selten in den Medien berichtet. Unternehmen und ihre PR-Abteilungen kontrollieren streng, was an die Presse kommuniziert wird und geben kaum Einblick in unternehmerische Entscheidungsfindungen und die Alltagspraxen, die MigrantInnen betreffen (Einstellungen, Beförderungen, Kommunikation und Geschäfte).
Studien über Erfahrungen von MigrantInnen zeigen allerdings, dass Diskriminierungen im Alltag weit verbreitet sind. Ausgrenzungen in der Einstellungspraxis oder bei Beförderungen werden häufig gerechtfertigt mit dem Verweis auf den Wettbewerb: So seien MigrantInnen schlechter ausgebildet oder die Beschäftigung von Minderheiten führe zu "Problemen" im Betrieb oder unter den Arbeitern und beeinträchtige daher die Wettbewerbsfähigkeit. Gerade in Europa wird jeder Eingriff in die Einstellungspolitik (Quoten) als eine Form unerlaubten Eingriffs in die unternehmerische Freiheit denunziert. Mit dem Hinweis auf Wettbewerbsbeschränkung kommen Unternehmen meist davon.
Interviews verschiedener Manager großer und teilweise multinationaler Unternehmen in den Niederlanden haben ergeben, dass auch hier offen rassistische Konstruktionen vermieden werden. Positive Selbstdarstellung ist gerade in den größeren Unternehmen ausgereift ("PR-talk"). Die Führungskräfte betonen ihre soziale Verantwortung, fördern Chancengleichheit und werden natürlich migrantische BewerberInnen anstellen, insofern diese ausreichend qualifiziert sind. Im selben Atemzug wird jede Diskriminierung im Unternehmen verleugnet oder auf einige bedauernswerte Einzelfälle reduziert. Quoten oder Förderung von Minderheiten werden als Eingriff in den freien Markt abgelehnt, ebenso wie Regierungspolitik und Gesetzgebung. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit unter MigrantInnen dreimal so hoch wie die unter den Angehörigen der Mehrheit. Speziell unter migrantischen Jugendlichen beträgt sie nahezu 50%.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Unsere Grundannahme war, dass Diskurse eine wichtige Rolle in der Reproduktion von Rassismus spielen, wobei gerade die Diskurse in den gesellschaftlichen Eliten einen weitaus größeren Einfluss haben als der gängige Rassismus in der Bevölkerung. Eliten in den Medien, der Erziehung und Bildung, der Wissenschaft, der Wirtschaft oder im sozialen Bereich bestimmen und kontrollieren, was gesprochen und veröffentlicht wird und was nicht. Sie formulieren, wenn auch häufig in moderater Form, rassistische Konstruktionen vor, die dann von großen Teilen der Bevölkerung aufgenommen und legitimiert werden.
In diesem Prozess spielen die Medien eine bedeutende Rolle, weil sie politische oder unternehmerische Diskurse moderieren, meist indem sie ihre eigene Perspektive auf "ethnische Angelegenheiten" beisteuern. Migrantische Journalisten sind gerade in Europa selten: Minderheiten werden weniger zitiert bzw. negativer zitiert, wobei sich Inhalte um Stereotype wie Drogen, Kriminalität, komische Angewohnheiten, kulturelle Unterschiede und um durch MigrantInnen verursachte "Probleme" drehen.
Das Gleiche gilt für Lehrbücher, welche nicht-europäische Menschen stereotyp als arm, abhängig oder initiativlos darstellen. Weit verbreitet ist das "Beschuldigen des Opfers" - also die Darstellung, die MigrantInnen seien für ihre eigene Misere selbst verantwortlich. Ähnliche Muster finden sich im wissenschaftlichen Diskurs, der sich auch auf Abweichung und Defizite konzentriert.
Der politische Diskurs dreht sich hauptsächlich um Einwanderungskontrolle und die Beschränkung der Rechte und des Zugangs zu sozialstaatlichen Wohlfahrtsinstitutionen für Minderheiten. Diese diskursive Ausgrenzung wird häufig begleitet von einer positiven Selbstrepräsentation des "gerecht seins", das nahezu alle Elitediskurse zu Menschen mit Migrationshintergrund charakterisiert. Das gilt in besonders ausgereifter Form auch für den Unternehmensdiskurs, der gleichzeitig jede Form einer ausgleichenden Förderung als wettbewerbsschädigenden Eingriff in die Freiheit des Marktes abqualifiziert. All diese Formen des *„text and talk"* sind von der möglichen Beschuldigung der Diskriminierung oder des Rassismus nahezu besessen und verleugnen diese. Die Eliten haben das unerschütterliche Selbstbild, im Gegensatz zu gewöhnlichen Menschen *besonders* tolerant zu sein. Gleichzeitig brauchen sie Argumente, Gründe oder Rechtfertigungen, um (zu viele) Nicht-Europäer davon abzuhalten, sich in das Land, die Stadt, die Schulen, die Universität, die Medien, die Unternehmen oder die Politik einzubringen. Dabei greifen sie auf einige Standardargumente zurück: Argumente von Gleichheit und gleicher Rechte (vor allem ihrer eigenen "weißen" Gruppe); von Qualität (die nie eine Rolle spielt, wenn "weiße" bevorzugt werden) und von sozialer Ordnung.
Der Diskurs der gesellschaftlichen Eliten über "ethnische Angelegenheiten" etabliert, erhält und legitimiert damit den "ethnischen" Konsens, und damit die Vorherrschaft der "weißen" Mehrheit in den zunehmend multiethnischen Gesellschaften Europas und Nordamerikas. ✖

HINWEIS

✖ *Eine ungekürzte Fassung des Artikels ist unter www.zag-berlin.de zu finden. Weitere Artikel und ein Verzeichnis der Veröffentlichungen von Teun van Dijk sind auf der Website www.discourses.org zu finden.*



Die Veränderungen im Rassismus(-diskurs) in Frankreich

Versuch einer Analyse

I BERNARD SCHMID

Rassismus, als ein gesellschaftliches Phänomen, weist ebenso wenig eine zeitlose (und durch ein absolutes "Wesen" gekennzeichnete) Natur auf wie andere soziale Erscheinungen. Er ist geschichtlichen Wandlungen unterworfen, die sowohl seine Auftrittsformen und seine "Begründungen" als auch das Ausmaß seiner Verbreitung in einer Gesellschaft betreffen. Diese allgemein gültige Aussage trifft selbstverständlich auch für den Rassismus im Frankreich der zurückliegenden Jahre zu.

In langjähriger Perspektive belegt eine genauere Auswertung der Untersuchungsergebnisse über die Verbreitung des Rassismus in der französischen Gesellschaft zwei wesentliche Tendenzen: Erstens den sichtbaren Rückgang des offenen, "bekennenden" und "komplexfrei" auftretenden Rassismus, zweitens eine Verschiebung der Inhalte des potenziell rassistisch aufgeladenen Diskurses: weg von generellen Affirmationen (die "Ungleichheit der Rassen" betreffend, oder die Anwesenheit von allgemein "zu vielen Immigranten in Frankreich"), hin zu eher "kulturell" verkleideten Problematiken - etwa die an eine "Integration" von Einwanderern zu stellenden Anforderungen und insbesondere einer den "Platz des Islam" in der französischen Gesellschaft betreffenden "Sicherheitsproblematik".

Zum Dritten lässt sich diesen Tendenzen eine weitere Beobachtung hinzufügen: Die frühere "Einheitsfront" der Opfer oder potenziellen Opfer von rassistischen Tendenzen in der Gesellschaft (Schwarze, Araber/Muslime oder Juden traten gleichermaßen gegen die politische Bedrohung in Gestalt eines Jean-Marie Le Pen auf) ist zum Teil zerbröckelt. Stattdessen macht sich die Neigung, gruppenbezogene "Partikularinteressen" zu vertreten, stärker bemerkbar.

NUR NOCH DREI PROZENT OFFEN BEKENNENDE RASSISTEN

Zum ersten Punkt: Einer der Gradmesser dieses spürbaren Rückgangs offen und bewusst an den Tag gelegter rassistischer Haltungen ist die Antwort der befragten Französinnen und Franzosen in (gezielt den Rassismus erforschenden) Meinungsumfragen darauf, ob sie sich selbst als "eher rassistisch", "ein wenig rassistisch", "nicht sehr rassistisch" oder "überhaupt nicht rassistisch" einstufen. Bei der jüngst im November 2009 publizierten letzten Meinungsstudie des Instituts CSA zum Thema stuften sich nur noch drei Prozent als "eher rassistisch" ein. Zum Vergleich: Im Oktober 2000 waren es in derselben Kategorie noch 12 Prozent gewesen, ein Jahr später 11 Prozent und (nach einigen Schwankungen der Kurve) im Vorjahr 2008 noch 5 Prozent.

Hingegen stufen sich jüngst (im November 2009) inzwischen 54 Prozent der französischen Bevölkerung - bzw. ihres für die Umfrage repräsentativ ausgewählten Panels - als "überhaupt nicht rassistisch" ein. Auch hier zum Vergleich: Im Jahr 2000 waren es nur 31 Prozent gewesen, ein Jahr später 33 Prozent. Im Vorjahr 2008 waren es 52 Prozent.

Auch bei einigen ausgewählten Sachfragen zeigt sich ein weit verbreiteter Anspruch, möglichst nicht rassistisch zu erscheinen. So antworteten 68 Prozent mit "Ja" auf die Frage, ob "Angehörige aller menschlichen Rassen einen Anspruch auf Gleichbehandlung haben", während weitere 20 Prozent darauf antworteten, es gebe "gar keine Rassen". Nur noch acht Prozent waren der Meinung, es gebe "Rassen,

die anderen überlegen sind", was während der Kolonialperiode eine weit verbreitete Auffassung gewesen war.
Es gibt also eine relative Tabuisierung des (offenen) Rassismus im Vergleich mit früheren Perioden, die auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden kann. Einer der Gründe dafür liegt im Einflussverlust der extremen Rechten: Vor allem in den ersten Jahren unmittelbar nach 1989 (parallel zu dem durch die herrschende Propaganda beständig wiederholten "Wegfall jeglicher sozialistischer System-Alternativen") war die extreme Rechte unter Jean-Marie Le Pen zeitweilig als erfolgreichster Träger gesellschaftlicher Frustrationen erschienen. Sie schien ein Wunderrezept für soziale Probleme, in Gestalt der ‚Préférence nationale' (= "Bevorzugung der eigenen Staatsbürger, denen Arbeitsplätze etc. zu reservieren seien"), bereit zu halten.
Das Auf und Ab im Einfluss dieser politischen Kraft hatte schon in früheren Perioden unmittelbare Auswirkungen auf die Diffusion rassistischer Ideen und Haltungen. So war bereits im Laufe der neunziger Jahre gesamtgesellschaftlich ein Rückgang der Verbreitung rassistischer Thesen beobachtet worden, der stark mit der innenpolitischen Entwicklung jener Jahre zusammenhing. Konkret gingen zwischen 1990 und 1998 folgende Auffassungen in der Gesellschaft zurück: "Es gibt zu viele Araber im Land" (1990: 76%, 1998 hingegen: 56%) und: "Es gibt zu viele Schwarze im Land" (1990: 46%, 1998: 27%). Einen vollkommenen Aufnahmestopp auch für Asylsuchende und Flüchtlinge unterstützten 1990 noch 40 Prozent, acht Jahre später hingegen unterstützten nur noch 24 Prozent diese Forderung.
Das "kommunale Wahlrecht für Ausländer/innen" befürworteten im Jahr 1990 insgesamt 35 Prozent der Befragten, acht Jahre später waren es dann 52 Prozent. Heute (im November 2009) wird diese Forderung übrigens inzwischen sogar schon durch 59 Prozent unterstützt.
"Nach einer Hochphase in den Jahren von 1990 bis 1992 neigt die Verbreitung rassistischer und xenophober Auffassungen - die freilich noch immer präsent sind - dazu zurückzugehen", stellte damals der Meinungsforscher Roland Cayrol in der Pariser Abendzeitung *Le Monde* vom 02. Juli 1998 fest. Und sein Kollege Jérôme Jaffré konstatierte parallel dazu: "Die Verlockung des Rassismus wird offen ausgesprochen und ist Bestandteil der politischen Debatte und begründet eine politische, soziale und moralische Trennlinie. Doch diese Situation ruft im Gegenzug eine antirassistische Mobilisierung hervor, insbesondere in der Jugend und den gebildeten Schichten der Bevölkerung. Dies macht die Annahme von Gesetzen und staatlichen Maßnahmen gegen die Immigranten schwierig, wie man in den letzten Jahren gesehen hat." Dadurch, so fügte er hinzu, unterschiede sich die französische Situation im Übrigen von der britischen, deutschen oder österreichischen, wo keine vergleichbar starke Polarisierung anzutreffen sei.
Es war also die Links-Rechts-Polarisierung, die im vergangenen Jahrzehnt den offenen Rassismus zunächst zurückdrängte. Ähnliche Tendenzen hatte auch eine Umfrage des SOFRES-Instituts zutage gebracht, die am 13. Juni 1998 im *Figaro-Magazine* veröffentlicht worden war. Dort wurden die jeweiligen Umfrageergebnisse mit den entsprechenden Resultaten vom September 1991 verglichen.
Heute, in Zeiten da keine vergleichbar starke Links-Rechts-Polarisierung und/oder antifaschistische Mobilisierung in der französischen Gesellschaft vorherrscht, sind die Gründe anderswo zu suchen als in den starken Abwehrreaktionen gegen den Aufstieg der extremen Rechten, wie sie etwa zwischen 1995 bis 2002 aufkamen. Eine der Ursachen dafür ist der Mangel an Ausstrahlung einer "Dynamik", die heute von der extremen Rechten ausginge. Diese hält sich zwar auf einem nicht unbeachtlichen Niveau aufrecht, doch weist sie derzeit keinerlei strategische Perspektive (der "Machteroberung oder -beteiligung") auf. Ihr alternder Chef Jean-Marie Le Pen - inzwischen eher eine Belastung denn ein Pluspunkt für seine Partei, den Front National - hat seinen Abgang von der politischen Bühne seit Jahren sträflich hinausgezögert.
Hinzu kommt aber, als viel allgemeiner wirkender Faktor, die wachsende "Vermischung" der französischen Bevölkerung vor allem in der jüngeren Generation, unter denen der Anteil der Französinnen und Franzosen migrantischer Herkunft in den letzten 20 Jahren (jedenfalls in den städtischen Zonen und Ballungsräumen) auf ein beträchtliches Niveau angewachsen ist. In Abwesenheit einer starken, das rassistische Potenzial in der Bevölkerung bündelnden rechtsextremen Bewegung gilt diese Tatsache der "Vermischung" an und für sich in breiter werdenden Kreisen der Bevölkerung inzwischen als Normalität.

DER INDIREKTE RASSISMUS

Zum zweiten Punkt: Dieser generelle Rückgang des (offenen) Rassismus bedeutet aber noch keineswegs, dass nun ausschließlich eitel Sonnenschein herrschen würde. Denn auch wenn eine große Mehrheit sich grundsätzlich für Gleichbehandlung unabhängig von

der Herkunft ausspricht, so kommt dennoch zugleich ein gewisses - meist ökonomisch bedingtes und mit der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Sozialleistungen begründetes - Unbehagen an der wachsenden "Durchmischung" der Bevölkerung zum Ausdruck. So erklären 47 Prozent der Befragten tendenziell ihr Einverständnis (und 22% davon ihr "volles Einverständnis") zu der Aussage insgesamt lebten "zu viele" Einwanderer im Lande.
Allerdings: im Jahr 2000 erklärten etwa noch 59 Prozent ihre Zustimmung zu dieser Aussage. Zwischenzeitlich ging dieser Wert auf 38 Prozent im Jahr 2004 deutlich zurück. Doch Ende 2005 beantworteten erneut 56 Prozent die Frage zustimmend; damals hatten die heftigen Riots und Unruhen in den französischen Vorstädten kurz vor der Durchführung der Erhebung stattgefunden. Derzeit dürfte neben der Erinnerung an solcherlei Phänomene und dem generellen (oft seitens der herrschenden Politik implizit rassistisch überfrachteten) "inneren Sicherheitsdiskurs" der letzten Jahre auch der Kontext der Wirtschaftskrise eine erhebliche Rolle spielen. (Jüngst, im November 2009, wurde auf einer durch den "Minister für Immigration und nationale Identität", Eric Besson, eingerichteten Homepage offen ein Zusammenhang zwischen Zuwanderung, Einwandererjugend und Kriminalität hergestellt. Der Hinweis wurde inzwischen aufgrund von Protesten wieder entfernt.)
Neben der "Sicherheitsproblematik" fokussieren vor allem "kulturelle" und religiöse Faktoren im Kontext der aktuell (unter dem Stichwort "französische Nationalidentität") auch durch das Ministerium Eric Bessons neu losgetretenen "Integrations"- und Leitkulturdebatte die Aufmerksamkeit eines wachsenden Teils der Gesellschaft. So stimmen 50 Prozent der Befragten der Aussage zu, viele in Frankreich lebende Immigranten täten nicht genug, um sich in das Land zu integrieren (während 36% die Blockaden eher bei der Mehrheitsgesellschaft erblicken). Im Vorjahr lagen die jeweiligen Proportionen noch bei 48 Prozent respektive 37 Prozent. Die Zahl derer, die Integrationsdefizite vor allem auf Seiten der Einwanderer sehen, ist jedoch in (kleineren) Kommunen mit ausgesprochen niedrigem Anteil an Migranten sehr viel höher (60%) als in städtischen Zonen oder gar im Raum Paris (19%).

Im Blickpunkt stehen dabei vor allem Muslime. Jene werden, nach den Sinti und Roma (69%), am stärksten als zum Teil "außerhalb der französischen Gesellschaft stehende" Gruppe von 44% der Befragten genannt.

ZENTRIFUGALE TENDENZEN

Zum dritten Punkt, dem Anwachsen von "Partikularinteressen" in Teilen einzelner Bevölkerungsgruppen: Damit einher geht auch das Auftreten neuartiger rassistischer Bestrebungen, verkörpert etwa durch den stark antisemitisch konnotierten Ethnozentrismus des Anführers einer Schwarzen-Sekte namens "Kémi Séba" (mit bürgerlichem Zivilnamen Stellio Capochichi). In diesen Bereich zählen auch die starken antisemitischen Tendenzen bei dem schwarzen französischen Theatermacher Dieudonné M'bala M'bala, die ihn zu einer Annäherung an die extreme Rechte (in Gestalt von Jean-Marie Le Pen, Alain Soral, Robert Faurisson), aber jüngst - Ende November 2009 - auch zu einem Besuch beim iranischen Präsidenten Mahmud Ahmedinedjdad trieben. Umgekehrt sind aber auch die starken Rechtstendenzen, die mit tendenziell einwanderer- und vor allem moslemfeindlichen Haltungen einhergehen, in einem (minoritären) Teil der französischen jüdischen Bevölkerung zu nennen.

Generell ist zu beobachten, dass sich heute - mehr oder wenige - kleine Teile von "ethnischen Minderheiten" eher aggressiv gegeneinander stellen, als sich vereint gegen einen gemeinsamen Feind zu wenden. Dies stellt auch die antirassistischen Organisationen vor neue Herausforderungen, die ihrerseits untereinander relativ stark polarisiert sind. So kritisiert die eher liberal ausgerichtete und vorwiegend die jüdische Minderheit gegen Antisemitismus verteidigende LICRA ("Internationale Liga gegen Antisemitismus und Rassismus") den staatlichen Umgang mit "illegalen" Einwanderern nicht offen. Und sie begrüßte andernorts sogar die von sonstigen Antirassisten kritisierten Maßnahmen (im Oktober 2009: Einrichtung von Polizeidateien, die die "geographische Herkunft" erwähnen, aber insofern formal entschärft wurden, als das zunächst vorgesehene Speicherkriterium "ethnische Zugehörigkeit" offiziell gestrichen wurden). Umgekehrt kritisiert vor allem der eher linksorientierte MRAP ("Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft", historisch eher in KP-Nähe entstanden) weitaus stärker als andere Verbände auch "Islamophobie" und den staatlichen Umgang mit illegalisierten Einwandern. Ihm wird seitens liberaler Verbände deswegen mangelndes Interesse am Antisemitismus vorgeworfen, was jedoch, betrachtet man seine (auch juristische) Praxis, nicht zutrifft. ✖

Rasse, Klasse, Kultur – Herrschaftszeiten

Oder: Karriere eines Begriffs

TOBIAS FASSMEYER, ZAG

Vielfältig und bunt ist geworden, was alles mit Rassismus bezeichnet wird. Je weiter sich Rassismus von biologistischen Versuchen einer Rassedefinition entfernte, desto mehr wurde Rassismus zum Universalbegriff. Die Grundlage bildete die Erkenntnis, dass Rassismus sich flexibel genug zeigte, neben rein äußerlichen Diskriminierungsmerkmalen ‚kulturelle' zu identifizieren und erfolgreich zu integrieren. Dies öffnete jedoch die Büchse der Pandora. Die akribische Suche nach Merkmalen, die sich als rassistisch identifizieren ließen, begann. Immer neue Attribute erweiterten den Rassismusbegriff so weit, dass inzwischen jede Art ablehnender Haltung zu irgendetwas oder irgendjemandem mit diesem Begriff belegt werden kann.
Die UN-Konferenz gegen Rassismus 2001 in Durban war diesbezüglich ein Fanal. Der Begriff Rassismus wurde zum Kampfbegriff gegen Israel uminterpretiert und wurde Teil antisemitischer Propaganda. Der Ursprung dieser Negativkarriere ist eigentlich eher erfreulichen Entwicklungen geschuldet. Rassismus als verabscheuenswert war erfolgreich im Bewusstsein der westlichen Gesellschaften verankert worden. Dies war ein langer Prozess gewesen. Doch als er als negativer Begriff in der Mitte der Gesellschaft angekommen war, ließ sich die darauf folgende Entwicklung erahnen. Sie unterschied sich nicht von der anderer politischer Kampfbegriffe.

INFLATIONÄRE VERWENDUNG

Wie zum Beispiel Faschismus. In den 70er Jahren wurde dank inflationärer Verwendung der Faschismus-Vorwurf zum Totschlagbegriff. Anfang der 80er hatte er sich dann verbraucht. Mit gleicher Intention wurde der ‚Political Correctness'-Vorwurf gebraucht. Diese seltsam reaktionäre Mode innerhalb der Linken ist immer noch nicht völlig abgeklungen. Schlicht wegen der starken Zunahme der rassistischen Übergriffe in den europäischen Ländern, besonders im neuvereinigten Deutschland begann in Europa eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Dies war sicherlich auch ein Erfolg der politischen Arbeit der antirassistischen Bewegungen. Gleichzeitig begann jedoch die Karriere des Rassismus als universell nutzbarer Diffamierungsbegriff. Zwar bemühen sich inzwischen die Antideutschen intensiv darum, den Begriff Antisemitismus auf der Überholspur am Begriff Rassismus vorbeiziehen zu lassen. Aber noch ist Rassismus in bunten Zusammenstellungen beliebter bei der Wahl eines politischen Schlagworts mit der Kennung ‚böse'.

War dies zuerst eine Metzelei innerhalb der Linken, entdeckte der Wissenschaftsbetrieb, federführend und kreativ bei der Aufgabe neue Wortschöpfungen zu produzieren, dieses Feld als ein weites für sich. Begrifflich ließ sich alles bestens implizit und explizit darunter subsumieren, attestieren, konnotieren und assimilieren. Logische Folge war die Schaffung entsprechender Forschungsstellen bzw. die Akademisierung des Rassismus als zu erforschendes Problem. Die ökonomische Einbindung eines Teils des renitenten Personals war inklusive. So wie der Feminismus versucht, sich mit Hilfe des Genderdiskurses vom politischen Alltag in Richtung abstrakter Denkmodelle für die Bildungsbourgeoisie zu verabschieden, mäandert die Rassismusforschung durch die Hybriditätsdiskurse eines ‚alles ist Rassismus'-Universums.

FEUILLETONISIERUNG

Dies bedeutete die rasante Fahrt eines Begriffs in seine Entleerung. Je umfassender er mit Bedeutungen aufgebläht wurde, desto diffuser wurde er und desto weniger taugt er heute zur Beschreibung gesellschaftlich realer Diskriminierungsverhältnisse. Pädagogen, Soziologen, Politologen, Philosophen, Historiker und sogar die letzte Erfindung akademischer Arbeitsteilung, so genannte Kulturwissenschaftler, blähen den Begriff im Sternenkosmos der Begriffe geschwätzig in zahllosen Publikationen und Kommentaren auf. Der Begriff Rassismus löst sich im Knall des politisch sinnlosen Integrationsgeschwätz auf, assimiliert sich im nationaldeutschen Kulturbegriff. Diesem Kulturbegriff ist der Rassismus rein äußerlich. Historisch entkoppelt von der deutschen Vergangenheit ist er der omnipräsente Ausdruck zur Entdeutlichung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Die Feuilletonisierung der Verhältnisse durch die Einrichtung eines Kulturstaatsministerpostens bedeutet die administrative Anknüpfung der Berliner Republik an preußisch-hierarchische Deutungstraditionen. Ihre zentrale politische Funktion besteht darin, gesellschaftliche Strukturen und Gegensätze zu verniedlichen, sie zu entpolitisieren und ein willkommenes Ventil zu bieten.
Die politisch keineswegs harmlose Funktion von Kultur ist ein gerne ignorierter Fakt. Kultur hat gesellschaftlich vor allem eine strukturkonservative Funktion. Sie spielt in der Öffentlichkeit eine zentrale Rolle. Der Begriff alleine ist schon weitgehend positiv besetzt. Die damit einhergehende unkritische Wahrnehmung von ‚Kultur' ist bis tief in gesellschaftskritische Bereiche verankert – trotz der segmentierenden Funktion und klassendefinierenden Aufgabe. Sie ist zentral für die Entwicklung des ‚Habitus' als Deutungs- und Präferenzsystem und steuert so die klassenspezifische Lebenspraxis. Kulturpolitik und ihre staatliche und akademische Institutionalisierung hat die Funktion, die Tatsache, dass reale rassistische Diskriminierung gesellschaftskonstituierend ist, durch Ästhetisierung zu legitimieren. Die politisch weitgehend entmündigten und ökonomisch marginalisierten MigrantInnen sollen befriedet werden. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird u.a. mit der Förderung der zahlreichen Kulturvereine, den so genannten Integrationsbeauftragten usw. nachgekommen, die ein Ventil bieten, ohne Änderungen an den Herrschaftsstrukturen vornehmen zu müssen.
‚Kultur' wurde somit zum prädestinierten ‚Miss'verständnis im Diskurs einer 'multikulturellen Gesellschaft'. Die multikulturelle Gesellschaft sollte durch Sichtbarmachung der ‚Kultur' Marginalisierter, die Verdeutlichung der ‚kulturellen Bereicherung' schließlich zu deren Akzeptanz führen. Der gesellschaftskritische Teil versprach sich von der multikulturellen Gesellschaft einen strukturellen Wandel, eine Auflösung hierarchischer Strukturen. Sie hofften, angetrieben von einer gesellschaftlichen Emanzipationsbewegung, auf das Verschwinden

der Marginalisierung von MigrantInnen. Der konservativere Teil erwartete von der multikulturellen Gesellschaft eine unterhaltsame Bereicherung, zum Beispiel eine Erweiterung der Esskultur. In der öffentlichen Wahrnehmung wird Kultur oft als Antipode und Antidot zu Rassismus betrachtet. Im Lauf der Zeit machten beide Gruppen enttäuschende Erfahrungen. Als sich abzeichnete, dass sich die Musik-Neger und Tanz-Derwische nicht so richtig an das Drehbuch halten wollten, in dem ihr Platz klar definiert war, rief die konservative Fraktion das ‚Ende der multikulturellen Gesellschaft' aus. Gewohnt autoritär und mit harter Hand wurde die Besetzung der hintersten gesellschaftlichen Plätze durch das Personal mit Migrationshintergrund angegangen. 'Selbstghettoisierung' und 'Parallelgesellschaft' war der Vorwurf an die MigrantInnen, deutsche 'Leitkultur' und Orientierungskurs, Gesinnungsschnüffelei und Einbürgerungstest die Forderung. Eine aus reaktionärer Sicht logische Antwort auf die ‚missglückte' Integration.

MULTIKULTI

Anders der gesellschaftskritische Teil der am Diskurs über die multikulturelle Gesellschaft beteiligten. Zunächst stellte sich heraus, dass der politische Alltag in diesem Feld ein mühsamer, zäher Kampf mit geringen Erfolgs-, dafür aber umso höheren Frustrationsaussichten war und bis heute geblieben ist. Der/die real existierende MigrantIn entsprach auch nicht ihren imaginierten romantisierten Projektionen. Enttäuscht von den "Menschen mit Migrationshintergrund" wandte man sich anderen Themen zu. So betrat der Antidiskriminierungsdiskurs die politische Bühne. Innerhalb dessen ist Rassismus bequemer Weise eines unter zahlreichen Diskriminierungsphänomenen. Aber wenn Rassismus eine Form von Diskriminierung ist, sind dann nicht alle Diskriminierungen auch eine Form von Rassismus? Ein logischer Bruch mit praktischem Nutzen. Die sich in der Regel anschließend fällige Begründungs- und Rechtfertigungsargumentation ist eine schöne Rhetorikübung. Dies wird natürlich auch durch die Indifferenz des Begriffs ‚Rassismus' begünstigt. Nicht nur lässt sich der Rassismusbegriff nun auf alle Diskriminierungsverhältnisse spielend übertragen und damit entwerten. Zusätzlich bietet sich die Gelegenheit, Aufmerksamkeiten im Blätterwald und Gelder im europäischen Subventionsuniversum zu ergattern. Eine Wohltat für graue Politmäuse.
Die Hofnarrenrolle in den Diskursen zu Rassismus hat der reaktionsaffine Teil des linken Spektrums seit längerem für sich reklamiert. Hier im antideutschen Spektrum ist der Erkenntnishorizont zur Feststellung des Zusammenhangs von Antirassismus und Rassismus im Kosmos der Begriffe hoch genug. Der Totalschaden in den Gesetzen der Logik, Rückschlüsse aus solchen Zusammenhängen auf ein reales Bedürfnis des Antirassismus am Rassismus zu ziehen, liegt jedoch außerhalb des Horizonts. Umberto Ecos Statement im Foucaultschen Pendel zu derartigen Paralogismen ist prägnant:
"Der Dumme vertut sich nicht im Benehmen. Er vertut sich im Denken. Er ist der Typ, der sagt, alle Hunde sind Haustiere, und alle Hunde bellen, aber auch die Katzen sind Haustiere, und folglich bellen sie. Oder: Alle Athener sind sterblich, und alle Einwohner von Piräus sind sterblich, also sind alle Einwohner von Piräus Athener." "Stimmt ja auch." "Ja, aber nur aus Zufall. Der Dumme kann auch was Richtiges sagen, aber aus falschen Gründen."
Nach dieser ‚logischen' Methode wird Antirassismus ein Interesse an Rassismus zwingend attestiert, da er ansonsten der Sinnkrise anheim fallen würde. Da dem Antirassismus seine Grundlage, der ‚echte' Rassismus (gemeint ist hier der biologisch argumentierende) längst abhanden gekommen sei, konstruiere er ihn sich zwangsläufig - so weit, so lustig - oder traurig. In gut antideutscher Tradition wird eine solche Bruchlandung als Offenbarung gefeiert. Dass diese Rassismusdefinition frei nach dem Motto ‚Ich sag' das jetzt 'mal so' verfährt und sich entbunden jeder Beweispflicht sieht, stört offenbar ebenso wenig wie die Verwechslung von Kategorien. Meistens entsteht eben nichts Richtiges aus den falschen Gründen.

DIE SUCHE NACH DEN GRENZEN

Die ernsthafte Auseinandersetzung über die Grenzen einer sinnvollen Rassismusdefinition füllt Bücher. Die Definitionen beispielsweise von Albert Memmi, Robert Miles oder Stuart Hall unterscheiden sich stark - auch in ihrer Reichweite. Ebenso gibt es unzählige Plädoyers, nicht jede Diskriminierung irgendwelcher Gruppen als Rassismus zu titulieren. Diese scheinen aber gerade beim linken akademischen Spektrum im Begriffsgetöse zu verhallen.
Hier kommen die Phobien ins Spiel. Mit entsprechenden Zusätzen, wie zum Beispiel bei der Xenophobie, der Homophobie oder Islamophobie, scheinen sie eine Alternative zu bieten. Sie werden aber gerne unter der Begründung abgelehnt, dass ausgehend vom Wortsinn ‚Phobie' eine krankhafte, also unbegründete und anhaltende Angst beschrieben wird. Dies entspreche nicht dem zu beschreibenden Phänomen. Die linguistische Argumentation erstaunt. Es wird eine extrem enge Definition von Phobien vertreten wird. Dass Begriffe Metaphern sind, die gesellschaftlich definiert, rutscht aus der Wahrnehmung. Wortetymologische Analysen dienen allenfalls unterhaltsamen Stammtischgesprächen. Gegenüber dem Begriff Rassismus wird eine solch penibel etymologisch aufgebaute Position nicht angewandt. Aus guten Gründen, unterlag der Rassebegriff in der Geschichte doch diversen Veränderungen.
Nach den gewissensgespeisten Lichterketten und den auslandsgeschuldeten Regierungsverlautbarungen gegen Rassismus ist es ruhig um die realrassistische Ausgrenzung geworden. Das Desinteresse der gesellschaftlichen Mehrheit gegen die systemimmanente Ausgrenzung ethnisch definierter Minderheiten wandelt sich in Verständnis. Große gesellschaftliche Organisationen, wie etwa die Gewerkschaften, haben Rassismus unter ‚Diskriminierung' subsumiert. Für sie ist es ein Nebenaspekt im Katalog der Diskriminierungen. Eine von vielen ‚normalen' Benachteiligungen. Dass die Dimension der Diskriminierung durch Rassismus vor allem und ganz alltäglich immer noch eine mörderische ist, belegen die Fakten. Aber warum sollte man sich dafür interessieren? ✖



"Bist du Jim Knopf?"

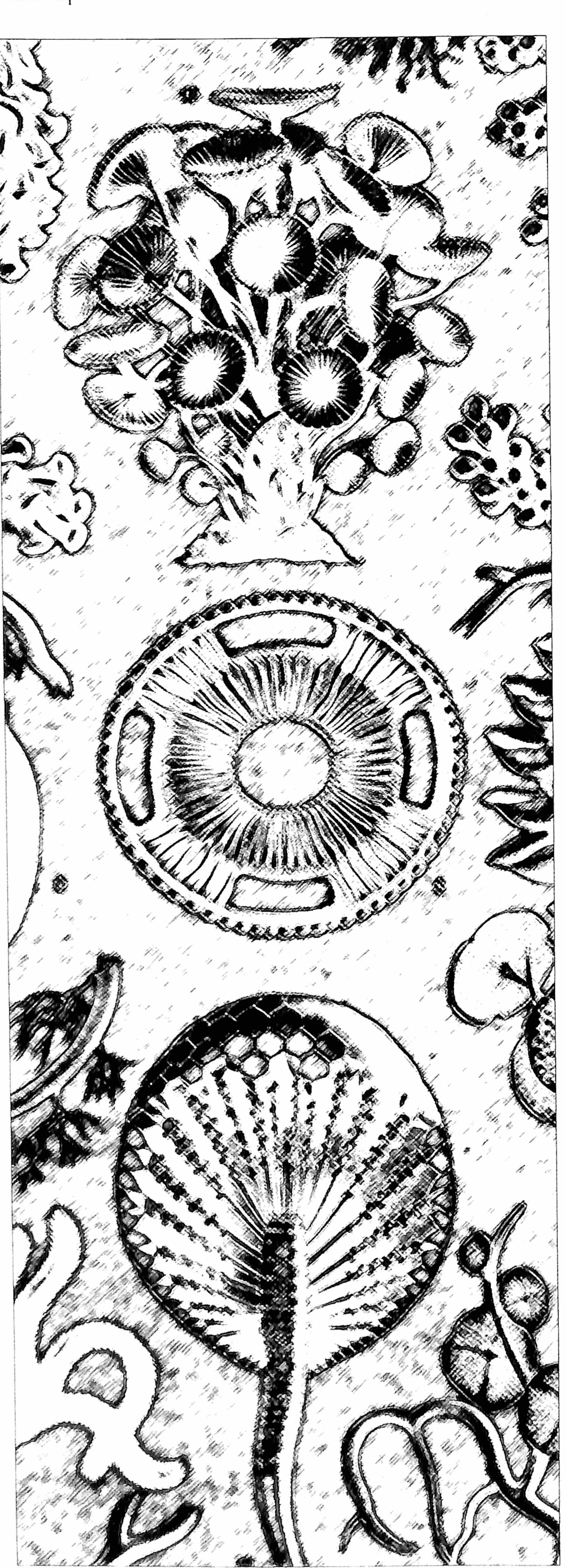
Rassismuskritik Band 1: Rassismustheorie und Forschung

ALBERT ZECHERU, ZAG

Ein Buch zu Rassismustheorien im Jahr 2009. Ist zu diesem Thema nicht bereits alles gesagt? Ist das Thema "Rassismus als solcher" nicht eh durch? Differenzierter ersetzt durch Kategorien wie Kulturalismus und Ethnizismus? Nein! Das von Claus Melter und Paul Mecheril im Wochenschau Verlag herausgegebene Buch lässt sich so verstehen.
Stattgefunden hat vielmehr eine Dethematisierung des ohnehin schon schwammigen oder zumindest vielfach schwammig verwendeten Begriffs "Rassismus". In dieser Dethematisierung lebt die gesellschaftliche Faktizität von Rassismus fort. Zu spüren bekommen dies beispielsweise alltäglich "Schwarze Deutsche", worauf der Autor Eske Wollrad in seinem Beitrag "Rassismus in westdeutschen Kinder- und Jugendbüchern" verweist: "Die Gewalt, der sie ausgesetzt sind, rekurriert nicht auf Herkunft, Sprache oder Religion, sondern auf den Körper als visuelle Evidenz des "Rassischen" und codiert Weißsein über Deutschsein" (166). Vor dem Hintergrund: "Wir können nur sehen, was wir bereits wissen" (164) verweist der Autor auf originäre Elemente in der Struktur alltäglicher Rassismen, die nach wie vor äußerst wirkmächtig sind, da von klein auf verinnerlicht. Der Autor untersucht hierzu Literatur für Kinder und Jugendliche, in der die binäre Struktur von schwarz und weiß in unterschiedlicher Weise Eingang findet. So lernen Kinder "in Farbe" zu sehen: "Das Deckweiß im Tuschkasten mit dem Aussehen eines Menschen in Verbindung zu bringen, stellt eine immense kognitive Abstraktionsleistung dar, die erlernt und eingeübt werden muss. Dieser Vorgang wird als Rassifizierung bezeichnet: Im Prozess kognitiver Zurichtungen werden Zeichen (beispielsweise Farbbegriffe) auf Körper übertragen und diese entsprechend gewertet" (164).
Der Beitrag ist einer aus sieben Untersuchungen zur aktuellen Rassismusforschung. In diesen Untersuchungen werden vor allem die flexible Erscheinungs- und Wirkungsweise gegenwärtiger Formen von Rassismus reflektiert. Sei es im Beitrag von Karin Scherschel, in dem exemplarisch rassistische Argumentationsfiguren im Akademiker- und Arbeitermilieu untersucht werden, oder sei es in der Untersuchung "Pseudodialogische Diskriminierung" von Tarek Badawia. "Aufgedeckt" werden vor allem habitualisierte rassistische Diskriminierungsmuster.
Vorgelagert ist diesem zweiten Teil des Buches eine systematische und historische Einordnung des Begriffs selbst. Hier geht es in mehreren Beiträgen um eine Verortung und Schärfung der Bedeutung von Rassismus in einer postnationalsozialistischen Einwanderungsgesellschaft, in der lange Zeit die Rede von Rassismus vermieden und von Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit gesprochen wurde. Thema ist hier unter anderem "Antisemitismus. Die rassistische Form des Judenhasses" von Micha Brumlik und die "Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus" von Michael Luttmer.
Dass nicht alle Menschen ohne einen deutschen Pass in Deutschland Fremde oder Ausländer sind, wird im dritten und letzten Kapitel thematisiert. Dieses hat Forschungsergebnisse zu institutionellen Formen rassistischer Diskriminierung zum Inhalt. Sichtbar wird hier in verschiedenen Untersuchungen wie Menschen durch institutionelle Praxen ausgegrenzt und ausgrenzbar werden, z.B. durch Schule (Helena Flam), soziale Arbeit (Claus Melter) oder bei der Polizei (Herman Blom und Joseph Chefu).
Inhaltlich durchaus auch als eigenständiger Theorieband konzipiert, bildet das Buch die Grundlage zu einem bereits erschienenen zweiten Band, in dem es um rassismuskritische Bildungsarbeit geht. Benannt ist damit die Zielgruppe beider Bände: LehrerInnen und andere MultiplikatorInnen in der Bildungsarbeit. Bereits der erste Band bietet eine umfassende Grundlage zur antirassistischen Bildungsarbeit auf der Grundlage aktueller Forschungsergebnisse zum Thema. Die Beiträge lassen sich sehr gut separat lesen und sind zugleich aufbauend aufeinander abgestimmt. ✖



✖ Claus Melter, Paul Mecheril (Hrsg.), Rassismuskritik, Band 1: Rassismustheorie und -forschung, Wochenschau Verlag, Schwalbach (2009), 29,80€, ISBN 978-3-89974367-8



Hexenhammer

NPD-Jagd auf Kinderschänder

CHRISTOPH BURGMER

Der deutsche national-demokratische Innenminister Schäuble beklagt den Anstieg rechtsradikal motivierter Straftaten. Während der UNO Konferenz gegen Rassismus in Genf agitiert der iranische Präsident und bekennende Antisemit Mahmoud Amadinejad aus der Mitte der Weltgesellschaft. Der Papst umgarnt Holocaustleugner und liebelt sie zurück in den Mutterschoß der katholischen Inquisition, bevor er nach Israel reist und an der Klagemauer betet. Juristen, Moralphilosophen und -pädagogen debattieren "sachlich" das Pro und Contra staatlich legitimierter "Notfolter". Der amerikanische Präsident Barak Obama fordert die Todesstrafe für Kinderschänder und Vergewaltiger.

Wirtschaftliche Krisenzeiten sind gute Zeiten zur Installierung eines modernen Hexenhammers. Im völkisch entfremdeten Bewusstsein reizt die Lust auf Schmerz und Tod. Das deutsche Volk wehrt sich vehement mit allen juristischen Mitteln gegen "Illegale", gemeint sind Flüchtlinge, und "Kinderschänder", gemeint sind jene, die des sexuellen Missbrauchs verdächtig, angeklagt oder verurteilt sind. Sie müssen erkennbar gemacht werden, kennzeichnungspflichtig wie Öko-Gemüse. Damit aber die Suppe auch wirklich schmeckt, würzt man sie noch mit ein wenig Diskussion. Dafür sind die intellektuellen Wohlstandsgenossen zuständig: Warum nicht endlich mal wieder über Folter und Todesstrafe nachdenken, warum nicht karrierefördernd darüber publizieren. Auch in den schlechten Zeiten der Wirtschaftskrise muss man an seine Zukunft denken.

Und, wer Folter und Todesstrafe will, soll dies im Rahmen von Recht und Gesetz fordern können. "Todesstrafe für Kinderschänder" bietet da legale Möglichkeiten, wie mir die Staatsanwaltschaft Heidelberg auf meine Strafanzeige vom 28.3.2009 gegen den Halter des PKW MA-CB 750 wegen Volksverhetzung eine Woche später beschied. "Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß § 152 Abs. 2 StPO wird abgesehen." Zur Begründung führt Staatsanwalt Pister aus, dass "im Hinblick auf den verfassungsrechtlich garantierten Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 des Grundgesetzes)... die Kundgabe der Forderung "Todesstrafe für Kinderschänder" jedenfalls ohne Hinzutreten weiterer Umstände noch nicht den Strafbestand der Volksverhetzung (erfüllt)".

Recht hat er, wie ich heute weiß. Und mehr noch. Ich verdanke seinem nüchternen Einsatz für die freie Meinungsäußerung die Genesung von einer Geistesverwirrung, die mich seit jenem unglückseligen Samstag im April, als ich meine Tochter zum Schwimmwettkampf ins Heidelberger Olympiazentrum brachte, befallen hatte.

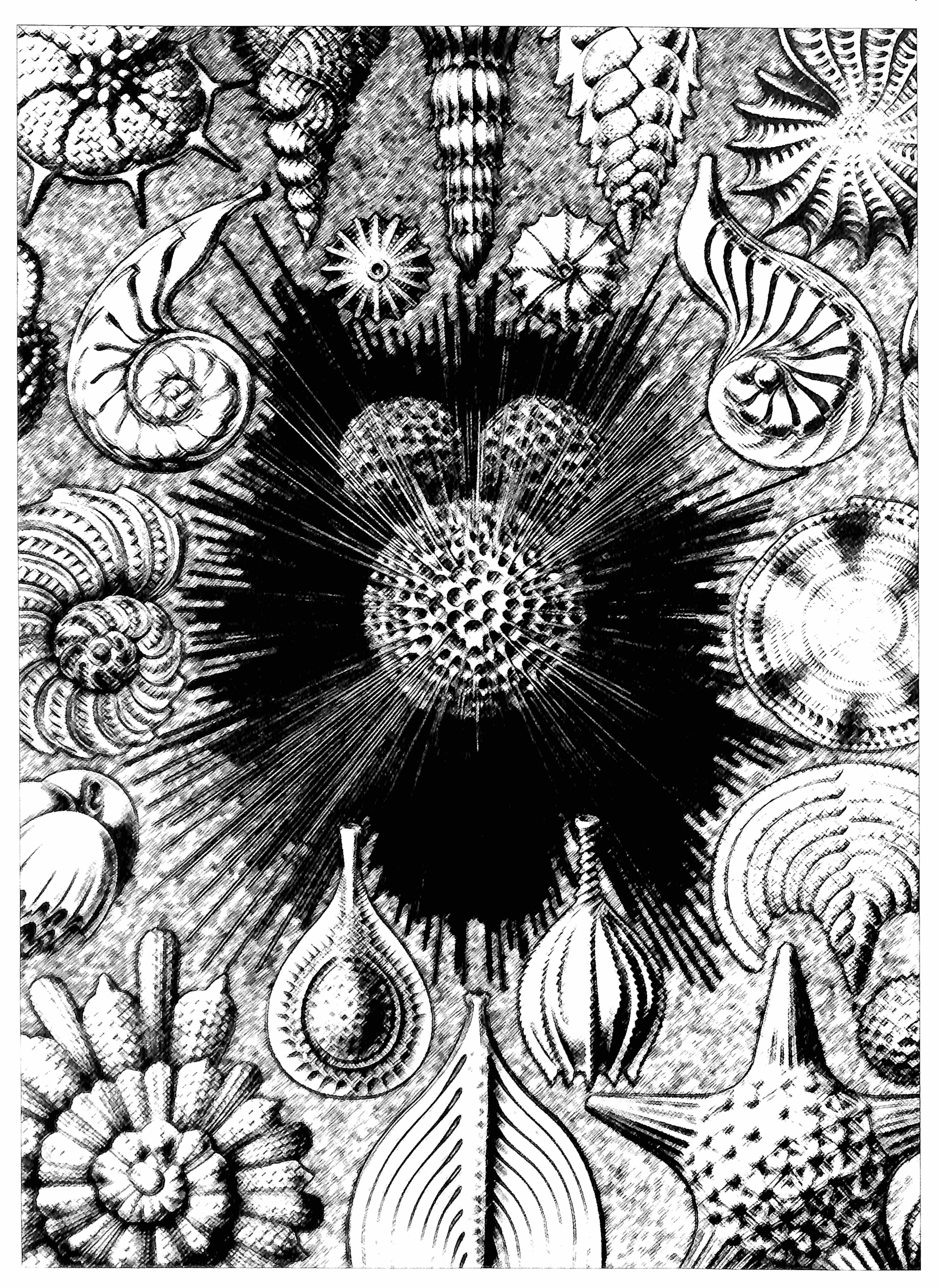
Wie ein langnasiger, jüdischer Wucherer sprang mir damals die Äußerung "Todesstrafe für Kinderschänder" auf einem vor der Schwimmhalle geparkten Opel ins Gesicht - und trieb mich unmittelbar in ein inneres Chaos. Mich befiel die Erinnerung an die in der deutschen Vergangenheit so oft erhobenen Forderungen nach Todesstrafen für Juden, Schwule, Kriegsdienstverweigerer, Irre, Kommunisten, Sinti und Roma, Penner - schön und gut des ganzen "unwerten Lebens" eben, denen Taten auf dem Fuße folgten. Eine lähmende Geistesstarre mit kurz zuvor nicht vorstellbarem Aktionismus nahm Besitz von mir. Blindwütig begann ich, das Fahrzeug zu demolieren; im Geiste, versteht sich. Aber es kam noch schlimmer. In einem panikartig emotiven Anfall durchfuhr mich ein Geistesblitz und ich fuhr zur Polizeiwache Heidelberg. Doch ich hatte Glück. Die Schutzpolizisten widerstanden lehrgangsgeschult meinen durch den Schockzustand hervorgerufenen wutentbrannten Verbalattacken gegen die volksverhetzenden Äußerungen der todesstrafenfordernden "Henkersknechte aus Mannheim", wie ich mich krankheitsbedingt ungebührlich ausdrückte, was man mir unmissverständlich deutlich machte. Auch wenn ich mich nur langsam beruhigen konnte. Schließlich ist der Kranke mit sanfter Stimme und ein wenig Geduld immer zu beruhigen.

Kinderschänder sind nicht schutzwürdig

Die Schutzpolizisten führten logisch argumentierend aus, dass "Kinderschänder" nicht Teil der Bevölkerung seien, es nie waren und auch nie sein würden. Und gestatteten sich einen Vergleich. Schließlich sei der Spruch "Soldaten sind Mörder", höchstrichterlich beschieden, auch nicht volksverhetzend. Soldaten seien, auch oder vielleicht gerade, weil sie so viel im Ausland kämpften, auch nicht Teil der Bevölkerung. Und damit im Sinne des Volksverhetzungsparagraphen in Deutschland nicht schutzwürdig. Denn was jemand ist und was man mit jemandem macht sei doch das Gleiche. Und was nicht dazu gehöre, könne auch nicht denunziert werden. Meine Einwände, dies gelte dann wohl auch für Ausländer und NPD-Mitglieder, ließ man nur insoweit gelten, als man versprach, meine Anzeige weiterzuleiten. Zwei Tage später, ich haderte immer noch, ob denn meine Argumentation bezüglich der NPD-Mitglieder so stimmen könne, nahm sich der Staatsschutz der Angelegenheit an. Telefonisch machte mir ein streng klingender Herr äußerst sachlich deutlich, dass es für meine Anzeige wenig Hoffnung auf Erfolg geben könne. Er hätte meine Email samt Beweisfotos an die Polizeidienstelle abgefangen und müsse repetieren, dass solche Anzeigen in der Regel negativ beschieden würden. Als er meine immer noch vorhandene ängstliche Unruhe spürte, beruhigte er mich. Er werde meine Anzeige an die Staatsanwaltschaft weiterleiten, auch wenn solche Anzeigen keine Konsequenzen hätten. Und tatsächlich: Kurze Zeit später schrieb mir der Staatsanwalt jenen oben zitierten Brief. Gott sei Dank, dachte ich, dass das auch in Zeiten der Finanzkrise im Rechtsstaat wenigstens noch mit so einer Anzeige funktioniert. Ich war höchstamtlich davon entbunden worden, zu begründen, warum die Forderung "Todesstrafe für Kinderschänder" Volksverhetzung ist. Und ich muss ehrlich gestehen, in dem Zustand, in dem ich mich befunden hatte, hätte ich alles mögliche behauptet, vielleicht sogar, dass in Deutschland schon längst gefoltert wird und man die Todesstrafe bei Abschiebungen zumindest billigend in Kauf nimmt.

P.S.: Unter www.todesstrafe-fuer-kindermoerder.de/shop.htm hat man die freie Wahl zwischen drei Schriftarten für den zu 17,50 € zu erstehenden Autoaufkleber "Todesstrafe für Kinderschänder". Die ungefähre Haltbarkeit des Klebers liegt zwischen fünf und sieben Jahren, je nach Witterungseinflüssen. Die Folie ist scheibenwischersowie waschanlagenfest, UV-beständig. ✖

✖ Zu beziehen beim Volksgenossen Frank Werner, W&W Services, Waldstrasse 3 in 09573 Augustusburg.



"Und morgen?

Extreme Rechte in Sachsen" von Kerstin Köditz

RICHARD GEBHARDT

Obwohl die NPD bei den sächsischen Landtagswahlen am 30. August mit 5,6 Prozent nicht an den Erfolg von 2004 (9,2 Prozent) anknüpfen konnte, gelang der führenden Partei des deutschen Neofaschismus dennoch eine Konsolidierung auf niedrigerem Niveau. Die Kommunalwahlen im Juni sorgten zudem für eine weitere Verankerung in den Regionen – Sachsen bleibt ein zentraler Aktions- und Mobilisierungsraum des parteiförmig organisierten Neonazismus. Vor Ort strebt die NPD neben der parlamentarischen auch eine "zivilgesellschaftliche" Verankerung an. Vor diesem Hintergrund liefert die sächsische Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Partei "Die Linke", eine anschauliche Aufklärungsschrift. Köditz betont die Veränderungen in der Szene: "Das Stereotyp von Bomberjacke, Röhrenjeans und Glatze gehört längst der Vergangenheit an" (31). "Und morgen?" zeigt, wo und wie die NPD als "Wolf im Wolfspelz" (17) trotz militanter Taten und Töne zur politischen Normalität in Sachsen zählt und somit Vorbildfunktion für die bundesweite Entwicklung hat.

Gerade die kommunale Verankerung sei eine Voraussetzung für den Erfolg der Partei auf Landesebene. Diesen Hintergrund illustrieren die erhellenden Anekdoten, von denen Köditz zahlreich zu berichten weiß. "Und morgen?" ist dabei bewusst als subjektiver Erfahrungsbericht konzipiert, der den zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen nicht noch ein weiteres fußnotengesättigtes, gar "wertneutrales" Werk hinzufügen will. Köditz kritisiert dezidiert in der ersten Person und berichtet leicht lesbar von alltäglichen Konfrontationen wie etwa den Begegnungen mit NPD-Politikern in der Kantine des Landtags. Materialreich belegt sie, wie die Kader der NPD samt Umfeld in Fußballvereinen, Bürgerinitiativen oder Ortverbänden der Freiwilligen Feuerwehr Präsenz zeigen und bisweilen unauffällig Ehrenämter besetzen. Diese noch nicht genügend erforschte Strategie wird hier alltagsnah dokumentiert. Nachdrücklich zeigt die Autorin auf, wie militante Neonazis gegen Kritiker vorgehen und wie stark diese Szene in der durch das Parteienprivileg geschützte NPD verankert ist. Die soziale Demagogie der Neonazis und deren Kampagnen gegen Hartz IV oder die Unterstützung der Proteste gegen Werkschließungen wie im Fall der Textilfirma Neue Erba Lautex GmbH in der Oberlausitz, werden schlüssig beschrieben. Köditz kommentiert knapp: "Die Stärke der Neonazis ist stets auch das Unvermögen der Demokraten" (167).

Köditz fixiert ihren Blick jedoch nicht nur auf offensichtliche Protagonisten der extremen Rechten. Der Fokus wird auch auf den rechten Rand der Union erweitert. So wird zum Beispiel der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche in die Traditionsreihe des historischen Faschismus eingefügt. Schon der Name seiner Gruppierung "Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland – Liste Henry Nitzsche e.V." knüpft an die Losung der französischen Vichy-Kollaborateure an.

"Nazizentrum neuen Typs"

Realistisch schätzt Köditz die Versuche einer "Intellektualisierung" der NPD durch die sogenannte "Dresdener Schule" ein. Die von dem sächsischen Landtagsabgeordneten und völkischen Vordenker der Partei, Jürgen Gansel, vollmundig angekündigte rechte Alternative zur "Frankfurter Schule" wird prägnant als "virtuelles Unternehmen" (121) qualifiziert. Während die "Dresdener Schule" ein toter Briefkasten bleibt, weist Köditz auf den in Borna ansässigen, höchst umtriebigen Verein "Gedächtnisstätte e.V." hin. Dieses "Nazizentrum neuen Typs" (121) wird in der Selbstdarstellung zur erinnerungspolitischen Vereinigung zum Gedenken an die "Opfer des zweiten Weltkrieges". In der Praxis erweist sich der eingetragene Verein als Tummelplatz für Rechtsausleger wie Peter Wild, einem ehemaligen Mitarbeiter des hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, der durch seine antisemitische "Tätervolk"-Rede bekannt wurde. Maßgeblich beteiligt an der "Gedächtnisstätte" ist auch die Geschichtsrevisionistin Ursula Haverbeck-Wetzel, eine führende Repräsentantin des im Mai 2008 verbotenen "Collegium Humanum". Köditz zeigt mit solchen Beispielen, wie nachlässig öffentliche Stellen auf die Politik nicht nur dieses Vereins reagieren.

Der fundierte Bericht aus der politischen Praxis ist eine nützliche Handreichung für die demokratische Gegenwehr. "Und morgen?" schärft den Blick für die Veränderungen im deutschen Neofaschismus. Köditz benennt dabei deutlich die Schwächen und Fehler staatlicher Institutionen und der bürgerlichen Parteien. Dass sie im Gegenzug kräftig für ihre eigene Partei sowie eine linke Kapitalismuskritik wirbt, überrascht nicht. Freilich kann die sächsische Politikerin der Linken keine neuen Strategien gegen die extreme Rechte vorbringen. Vielmehr verweist sie auf das notwendige, naheliegende und einfache antifaschistische Handeln – das offenkundig mancherorts schwer durchsetzbar ist. ✖



✖ Kerstin Köditz: "Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen". Verbrecher-Verlag, Berlin, 2009, broschiert, 224 Seiten. 14 €. ISBN: 978-3-940426-17-8

Zärtlichkeit als Politik

3 Bücher zu Internationaler Solidarität

JANA KRTEK

Die Arbeit der Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik hat in den letzten 50 Jahren verschiedene Konjunkturen hinter sich. Die politischen Ereignisse und sozialen Umbrüche in den verschiedenen Weltregionen des globalen Südens haben immer wieder Menschen angeregt in den reichen Industriestaaten des Nordens unabhängig von Staat und Partei unterstützend aktiv zu werden.

Die Situation in Lateinamerika unterschied sich von den antikolonialen Befreiungskämpfen der 60er und 70er in Asien und Afrika. Die meisten südamerikanischen Staaten hatten ihre Souveränität bereits im 19. Jahrhundert erlangt. Seit der Revolution 1959 auf Kuba, die die Diktatur Battistas erfolgreich beendete, war hier ein Fixpunkt entstanden, der die Politik in Lateinamerika maßgeblich bestimmte. Doch spätestens mit dem Staatsstreich gegen die demokratisch gewählte Regierung Allende 1973 waren für die Solidaritätsarbeit neue Bedingungen gesetzt. Durch die exilierten SüdamerikanerInnen in der BRD wurden neue Unterstützungsnetzwerke aufgebaut, Dokumentationsstellen und Zeitschriften zur Situation in Chile und Lateinamerika wurden gegründet. Die erfolgreiche Vertreibung Somozas aus Nicaragua nährte die Hoffnungen auf einen sozialen Umbruch, der einen neuerlichen Mobilisierungsschub in der BRD auslöste. Es wurden Gelder für den Aufbau der Infrastruktur gesammelt und Brigaden von Freiwilligen halfen vor Ort und sollten durch ihre Anwesenheit eine Invasion der USA erschweren. Und dies im Westen als auch im Osten, wo es hauptsächlich staatliche Hilfen waren, zu kleinen Teilen aber ebenso kirchliche Solidaritätsgruppen, deren Engagement zur Gründung des Inkota-Netzwerkes führte.

Von dieser Solidaritätsarbeit in Ost und West, den Begegnungen der AktivistInnen aus DDR und BRD und den unterschiedlichen Ansätzen erzählt der 2009 erschienene Band "Aufbruch nach Nicaragua" von E. Harzer & W. Volks im Ch.Links Verlag. Er gibt den persönlichen Erfahrungen Raum und ist gleichsam Geschichtsschreibung von unten. Es sind viele kleine Erinnerungen und Berichte - geschrieben von den damaligen AktivistInnen - die zum einen Überblick über die offizielle Politik und die Solidaritätsbewegung zu Nicaragua verschaffen und zum andern darüber informieren, wie AktivistInnen ihre Arbeit vor Ort erlebt haben. Das diese Solidaritätsarbeit, nun anders fortgeführt, noch nicht an ihr Ende gekommen ist, trotz einer vollständig anderen Situation seit 1990, ist vielleicht auch eine Besonderheit der sandinstischen Revolution. Ein sehr angenehm zu lesendes Buch.

War die Solidaritätsarbeit der DDR weitgehend an politische Vorgaben durch Staat und Partei gebunden, ging diese in der Bundesrepublik zumeist von Initiativen aus, die ihre Solidarität mit revolutionären Befreiungsbewegungen der sogenannten Dritten Welt bekundeten und auf vielerlei Weise unterstützend tätig wurden. Sie entstanden in der BRD im studentischen Umfeld, im Anschluss an die außerparlamentarische Opposition seit Mitte der 60er Jahre, der Neuen Linken und antiimperialistischen Gruppen sowie aus christlichen Kreisen heraus. Um ihre Anliegen in die Tat umzusetzen, mussten sie zum einen gegen den Widerstand der eigenen Regierung und der Presse ankämpfen, zum andern die Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen, Parteien und Gruppierungen vor Ort organisieren. Beispielhaft für diese Doppelproblematik ist die Geschichte der Anti-Apartheidsbewegung in der BRD, die in dem Buch von Bacia & Leidig: "Kauft keine Früchte aus Südafrika!" aus dem Verlag Brandes & Apsel, 2008, dokumentiert wird.

Das Apartheidsregime in Südafrika kam 1990 nach fast 70 Jahren zu Fall. 1972 hatte sich in der BRD eine Gruppe um den aus Südafrika ausgewiesenen Pfarrer Markus Braun in Mainz gegründet, die zur Keimzelle der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD wurde. Bacia und Leidig stellen in ihrem Buch die Geschichte dieser Bewegung anhand von Dokumenten aus dem Bestand des Duisburger Archivs für alternatives Schrifttum - afas - dar. Das Buch zeigt durch seinen chronologischen Aufbau sehr gut, wie die Bewegung mit ihrem Gravitationspunkt "AAB", Anti-Apartheids Bewegung, vom auf und ab politischer Konjunkturen abhängig ist. Andererseits entwickeln die eigenen Aktionen, die die Politik Südafrikas und dessen Unterstützung durch die BRD auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet öffentlich machen, sowie die Boykotttaufrufe, die versuchen ökonomischen Druck aufzubauen, eine eigene Dynamik. Die Outspan Kampagne "Kauft keine Früchte aus Südafrika" wurde zu einer der bekanntesten Boykottkampagnen in der BRD. Innerhalb der Bewegung war die Zusammenarbeit nicht immer ganz einfach. Die Abgrenzungen, die innerhalb des AAB bestanden, insbesondere zwischen kirchlichen und kommunistischen AktivistInnen, führten auch in der Beziehung zu den Apartheidgegnern in Südafrika zu Schwierigkeiten. Wen sollte man unterstützen, den ANC oder die PAC? Wo lagen die Schwerpunkte der Arbeit? Mit Ende der Ost/West-Konfrontation und der desaströsen Witschaftslage Südafrikas kam auch diese Bewegung zu einem Ende und hat sich neue Ziele in der Solidaritätsarbeit gesteckt. Das Buch erzählt diese Geschichte nach, ein Tribut an die staubigen Archivalien. Dort, wo es aber um die Darstellung der Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppe und um ihre Aktionen geht, wird es spannend.

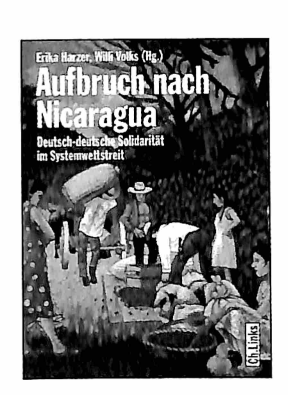
Doch ein Ende der Solidaritätsbewegung ist trotz der Zäsur des endenden Kalten Krieges nicht zu konstatieren. Mit dem Aufstand in Chiapas 1994 und den durch Wahlen herbeigeführten Poltikwechsel in Venezuela und weiteren Staaten Lateinamerikas wurde die Solidaritätsszene in Deutschland wieder mobilisiert. Doch diese trifft auf neue Umstände, in der BRD wie auch in Lateinamerika. Die Verwüstungen, die der Neoliberalismus hinterlassen hat, die Folgen

der wirtschaftlichen Krisen der letzten 20 Jahre, die Wunden, die Diktaturen und Bürgerkriege geschlagen haben und die neuen globalen Rahmenbedingungen sind die bestimmenden Probleme, denen sich die verschiedenen Regierungen in Lateinamerika gegenübersehen.

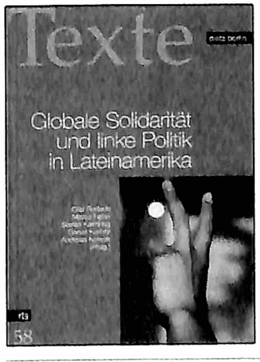
"Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika" ist ein Sammelband aus dem Karl-Dietz Verlag, der die Linkswende in Lateinamerika zum Ausgangspunkt nimmt, um die veränderten Bedingungen internationaler Solidarität nachzuzeichnen. Der Politikwechsel in Lateinamerika ist Ausdruck nicht nur eines neuen Selbstbewusstseins der Mehrheit der Bevölkerung in diesen Staaten, sondern auch der nicht erfüllten Versprechen des globalen neoliberalen Regimes. Die Brüche in der neoliberalen Hegemonie zeigen sich dort deutlich. Dies bietet auch der Linken in der BRD einen Ansatzpunkt um ihre Defensivposition zu verlassen. In Deutschland hat sich eine neue Welle der Solidarität mit den dortigen Bewegungen ausgebreitet und die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts im Schlaf versunkenen Solidaritätsinitiativen wieder aufleben lassen. Der Sammelband versammelt verschiedene Generationen von WissenschaftlerInnen und AktivistInnen aus der BRD, die über die Bedeutung und die Möglichkeit von internationaler Solidarität unter diesen neuen Bedingungen schreibt. In dessen erstem Teil wird die wechselvolle und vielfältige Geschichte der Solidaritätsbewegungen von R. Kößler, H. Melber, C. v. Braunmühl, Ch. Wichterich und F. O. Wolf, allesamt selbst Protagonisten der Solidaritätsbewegung, nachgezeichnet. Dass die veränderten Bedingungen internationaler Solidarität Fragen der Form der Weltwirtschaft und politischer Regimes sind, machen K. P. Kisker und R. Rilling im zweiten Teil deutlich. Doch zugleich setzen die schmerzhaften Erfahrungen der Solidaritätsbewegungen mit den politischen Mächten Grenzen, auf die W.-D. Narr verweist.

Deuten aber die Linkstendenzen tatsächlich in eine Richtung, fragen sich A. Sterr und D. Boris im dritten Teil. Oder sollte man nicht vielmehr ihre Heterogenität betonen, die Suche nach neuen Identitäten (J. Ströbele-Gregor) und Formen der Poltik (N. Sekler u. U. Brand). Diese Projekte sind auch für die politische Linke in der BRD lehrreich, wie L. Brangsch anhand des Bürgerhaushalts in Porto Allegre, D. Azzellini am Beispiel der kommunalen Räte in Venezuela und M. Hahn, U. Pape und W. Metzger anhand ihres Projekts für die Ausbildung der "Defensores de la salud", den neuen GesundheitsarbeiterInnen Venezuelas, im letzten Abschnitt des Buches zeigen.

Welche Ergebnisse dieser Umbruch in Lateinamerika haben wird und ob wir diese Chance nutzen können, ist offen. Denn nicht nur die Erfahrungen aus den letzten 50 Jahren der Solidaritätsarbeit machen sich geltend, sondern auch der Umstand der relativen Schwäche der linken Bewegungen, die eine solche Soldaritätsarbeit leisten können und wollen. ✖



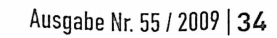




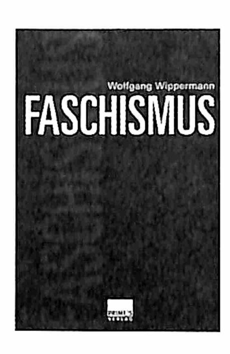
✖ Erika Harzer & Willi Volks (Hg.): "Aufbruch nach Nicaragua. Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettstreit". Ch. Links Verlag, Berlin 2008, 248 Seiten. Preis 19,90€, ISBN 978-3-86153-525-6

✖ Jürgen Bacia & Dorothée Leidig: "'Kauft keine Früchte aus Südafrika'. Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung" . Brandes & Apsel Bverlag, Frankfurt a.M. 2008, 356 Seiten, Preis 29,90€, ISBN 978-3-86099-875-5

✖ Olaf Gerlach u.a.: "Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika". Karl Dietz Verlag, Berlin 2009, 271 Seiten, Preis 19,90€, ISBN 978-3-320-02196-2



KURZ VORGESTELLT



Faschismus

ALBERT ZECHERU

Faschismus als eine systematische politische Kategorie zu verstehen, ist Thema der im Primus Verlag erschienenen Untersuchung des Berliner Historikers Wolfgang Wippermann. "Der aus dem italienischen Wort für Bund - *fascio* - abgeleitete Begriff Faschismus ist gewissermaßen inhaltsleer" (7) - so der Einstieg in die mit dieser Untersuchung zugleich vorgelegten kleinen Weltgeschichte des Faschismus, die der Autor in 16 Kapiteln abhandelt. Zunächst Formen des Faschismus in westeuropäischen, dann aber auch in osteuropäischen Ländern. "Danach wird untersucht, ob es auch in anderen Teilen der Welt Faschismus gegeben hat und immer noch gibt: in Nord- und Südamerika, Afrika und Asien." (14)

Wippermann nimmt dabei keine Nivellierung historischer und gegenwärtiger Überformungen souveräner Gewalt vor, sondern will im Gegenteil eben diese anhand eines allgemeinen Begriffs genau benennen. Ausgangspunkt seiner Untersuchung bildet der italienische Faschismus, anhand dessen er realtypische Kriterien zur Definition des Begriffs vornimmt. In Anwendung dieser Definition arbeitet der Autor die Gemeinsamkeiten heraus, die es seiner Ansicht nach sinnvoll machen, bestimmte realhistorische Regierungsformen als faschistisch zu bezeichnen. Aufzeigen will der Autor damit, dass "Faschismus global nicht Vergangenheit [ist], er stellt eine gegenwärtige und weltweite Gefahr dar." Dies jedoch nicht als Reinkarnation des immer gleichen, sondern in historisch unterschiedlichen Inhalten und Formen. ✖

✖ Wippermann, Wolfgang:
"Faschismus Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute",
Primus Verlag, Darmstadt 2009, 29,90€.
ISBN 978-3896783677



Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich

ALBERT ZECHERU

Vergleiche hinken nicht selten daran, dass zwei Dinge zunächst zwar ganz richtig ein und derselben Kategorie zugeordnet werden, dann jedoch unter einem oder mehreren gänzlich anderen kategorialen Kriterien verglichen werden. Der Vergleich von Äpfeln und Birnen steht dafür exemplarisch. Die Totalitarismustheorien bilden eine wissenschaftliche Form eines solchen Vergleichs. Totalitarismustheorien selbst sind nun zwar nicht explizites Thema der von Wolfgang Wippermann vorgelegten Streitschrift, bilden aber Hintergrund und Anlass seines Anliegens: dem Vergleich von DDR und Drittem Reich. "Die DDR war unzweifelhaft eine Diktatur und mit Sicherheit kein Rechtsstaat, doch ebenso wenig war sie eine totalitäre und mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat zu vergleichende "zweite Diktatur". (122) Hinter einer solchen Titulierung vermutet Wippermann nicht viel anderes als eine Relativierung des Dritten Reichs. Dieser versucht er nicht durch einen eigenen umfassenden Vergleich von DDR und Drittem Reich entgegenzutreten, sondern indem er untersucht, "wer was mit welchen Argumenten und mit welcher gegenwarts- und vergangenheitspolitischen Zielsetzung behauptet." (8) Damit wird er streitbar, da er diese Zielsetzungen letztlich nicht beweisen kann, sondern unterstellen muss. Das "Gedenkstättenkonzept des Kulturministers Bernd Neumann (CDU)" zeigt exemplarisch, wie auf Biegen und Brechen Birnen und Äpfel für vergleichbar propagiert werden. Dort ist "die finanzielle Förderung der Gedenkstätten der beiden Diktaturen in Deutschland durch den Bund vorgesehen" und somit müssen solche Unterstellungen argumentativ nahegelegt werden. Wippermanns Buch ist ein guter Vorschlag dazu. ✖

✖ Wippermann, Wolfgang,
Dämonisierung durch Vergleich:
DDR und Drittes Reich,
Rotbuch, Berlin 2009, 9,90€,
ISBN 978-3-86789-060-1



Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

ARI

"Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" erscheint bereits in der 16. Auflage und umfasst Fälle aus den Jahren 1993 bis 2008 in aktualisierter Form. Jetzt gibt es die Textsammlung auch als CD-Rom und auf Video.

Der Inhalt: Die Dokumentation ist eine chronologische Sammlung von Einzelschicksalen, in denen Menschen körperlich zu Schaden gekommen sind. Diese Menschen sind Flüchtlinge, also Menschen im oder nach einem Asylverfahren oder Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere für die BRD. Menschen, die sich im Lande aufhalten oder aufgehalten haben. Auch Menschen, die abgeschoben wurden, dann misshandelt, gefoltert oder getötet wurden oder spurlos verschwanden. Es sind Menschen, die zu Schaden kamen durch staatliche Maßnahmen. Mit staatlichen Maßnahmen meinen wir die Umsetzung der Asylgesetze gegen die Betroffenen. Eine staatliche Maßnahme ist die angekündigte und durchgesetzte Abschiebung. Staatliche Maßnahmen sind auch die geschlossenen Grenzen, die Grenzüberwachung durch staatliche Organe. Staatliche Maßnahmen sind Menschenjagden durch BGS oder Polizei, um Flüchtlinge einzufangen. Und eine staatliche Maßnahme ist auch der Abschiebeknast, der Menschen dazu bringt, sich selbst zu verletzen oder sich zu töten.

Diese Zusammenstellung umfasst Brände in Flüchtlingsunterkünften und Anschläge auf Flüchtlingssammellager sowie rassistische Angriffe von Seiten der Bevölkerung auf Flüchtlinge im öffentlichen Raum. ✖

Antirassistische Initiative e.V
- Dokumentationsstelle - Haus Bethanien - Südflügel, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin

✖ Zu beziehen über www.ari-berlin.org/doku/titel.htm
oder
ARI e.V.: „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen. 1993 bis 2008",
16. aktualisierte Auflage, Selbstverlag, Berlin 2009

ANZEIGEN

BACKLIST

2009 Nr.54 Osteuropas rechte Ränder **2008 Nr.53** Homophobie **Nr.52** Antidiskriminierung **2007 Nr.51** Grenzerfahrungen **Nr.50** Verschwörungen **2006 Nr.49** Nationale Befreiungsbewegungen **Nr.48** Die Türkei in Europa **2005 Nr.47** Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **Nr.46** Lechts und Rinks **2004 Nr.45** Migration von Frauen *(vergriffen)* **Nr.44** Migrationsmanagement *(vergriffen)* **2003 Nr.43** Antiziganismus *(vergriffen)* **Nr.42** 911 Turbo **2002 Nr.41** Monster AG **Nr.40** Blitzkultur **2001 Nr.39** Antisemitismus *(vergriffen)* **Nr.38** Abschiebeknäste **2000 Nr.36/37** Zimmer ohne Aussicht **Nr.35** Schengenland *(vergriffen)* **Nr.34** Islambilder **1999 Nr.33** Konzepte antirassistischer Arbeit **Nr.32** Die Bilder-Zag **Nr.31** Gesundheit als Privileg **Nr.30** Das Ende der Tabus **1998 Nr.29** Sport und Rassismus **Nr.28** Innere Sicherheit light - Alternative Sicherheitskonzepte **Nr.27** Antirassistische Jugendarbeit **Nr.26** MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997 Nr.25** Arbeit mit Illegalisierten - Wege aus der Illegalität **Nr.24** Globale Migrationskontrolle **Nr.23** Mobilität **Nr.22** City 2000 **1996 Nr.21** Balkan, Krieg und Flucht **Nr.20** Ökologie **Nr.19** Einwanderungspolitik **Nr.18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ *(vergriffen)* **1995 Nr.17** Alltag-Kultur-Rassismus **Nr.16** Europa **Nr.15** Illegalisierung *(vergriffen)* **Nr.14** Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994 Nr.13** Polizei und Justiz **Nr.12** Rassismus und Soziale Frage **Nr.11** Innere Sicherheit **Nr.10** Rassismus und Bildung **1993 Nr.9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *(vergriffen)* **Nr.8** Ausweisung und Abschiebungen *(vergriffen)* **Nr.7** Rassismus und Bildung *(vergriffen)* **Nr.6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne *(vergriffen)* **1992 Nr.5** Roma in der BRD / Rostock *(vergriffen)* **Nr.4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda *(vergriffen)* **Nr.3** Wer schweigt, stimmt zu **Nr.2** Greift ein! - Schaut nicht weg **1991 Nr.1** Rassismus tötet

ABBILDUNGEN IM HEFT

✖ **Ernst Haeckel** [1834-1919] wird mit dieser ZAG die besondere Ehre zuteil, den Titel zu schmücken. Neben seiner anerkannten zoologischen Arbeit und seiner bekannten Unterstützung von Charles Darwin gilt er als Wegbereiter der Eugenik und Rassenhygiene. Zudem entwickelte er einen polemischen deutschnationalen Chauvinismus. Genug! Jedenfalls für den Titel und für einige seiner Schautafeln im Heftinneren.

IMPRESSUM

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, E-Mail redaktion@zag-berlin.de, Telefon +49 (0) 30 7857281, Fax +49 (0) 30 6913005, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, ZAG-Kontonummer 303 96 01, **Gestaltung:** :::rainGroup **Druck:** Fata Morgana, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Brigitte Lötsch. Die **ZAG im Abonnement**: http://www.zag-berlin.de oder ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.